

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Bl. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III, zu richten. Postcheckkonto Berlin 5388.

Inhalt.

Generalversammlung. — Die christlichen Gewerkschaften unter dem Bannstrahl des Kardinals Ropp. — Zur Naturgeschichte der „christlich“-klerikalen Arbeiterbewegung im Münsterland (IV). — Technische Fortschritte in der Textilindustrie. — Gewerksmäßige Streifbrecher und § 153 C. D. — Nachklänge zum Krefelder Färberstreik. — Frauenwahlrecht und Arbeiterschaft. — Berichtigung. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Quittung. — Anzeigen. — Feuilleton: Fachgewerbliche Rundschau.

Generalversammlung.

Alle Anträge zur Generalversammlung müssen bis Montag, den 23. März 1914, an den Zentralvorstand eingesandt sein.

Anträge an die Verbandsgeneralversammlung kann jedes Einzelmitglied, jede Filiale, der Zentralvorstand und der Ausschuss stellen. Der Vorstand.

Die christlichen Gewerkschaften unter dem Bannstrahl des Kardinals Ropp.

Jetzt können sie einem doch bald leid tun, die Arbeitervereinigungen, die sich unter der Bezeichnung „christliche Gewerkschaften“ zusammengefunden haben. Der hohe Klerus, der es ja stets mit den Ausbeutern, den Reichen und wirtschaftlich Mächtigen gehalten hat, stürmt unausgesetzt gegen sie an, um sie zu vernichten. Das Ziel des hohen Klerus ist eben die Unantastbarkeit des gesellschaftlichen Zustandes, innerhalb dem das Zusammenleben der Menschen nach der Devise geregelt wird: „Wer Anecht ist, soll auch Anecht bleiben!“ Kaum haben die Führer der „christlichen“ Gewerkschaften die aufgeregten Wogen etwas geglättet, die der Sturm, der von der päpstlichen Enzyklika „Singulari quadam“ ausging, entfachte, so erhalten sie schon wieder neue Sprengmittel in die noch aufgeregten Rader geworfen. Diesmal ist es nicht der Papst, der dieses Sprengmittel ausgeworfen hat, sondern es ist der Kardinal Ropp in Breslau, ohne Zweifel von jeher ein Förderer der bisshinigen Gegner der „christlichen“ Gewerkschaften, der katholischen Fachabteilungen. Die Ursache zu diesem neuen Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften ist auch wieder die päpstliche Enzyklika „Singulari quadam“.

Die „christlichen“ Gewerkschaftsführer hatten sich bekanntlich im vorigen Jahre beleidigt gefühlt, daß einige sozialdemokratische Redakteure behauptet hatten, die „christlichen“ Gewerkschaften hätten ihre Selbstständigkeit aufgegeben, nachdem der Papst in der genannten Enzyklika verlangt habe, daß auch die Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu den Aufgaben der Kirche gehöre, bzw. keine Handlung in Sachen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorgenommen werden dürfe ohne die Zustimmung der Kirche. In einer Erklärung hatten die „christlichen“ Gewerkschaften der römischen Kirche ein Beauffichtigungsrecht zugestanden, was der hohe Klerus als eine glatte Unterwerfung der „christlichen“ Gewerkschaften unter die Macht der römischen Kirche aufgefaßt hatte. Nun kam plötzlich die gerichtliche Klage der „christlichen“ Gewerkschaftsführer gegen die sozialdemokratischen Redakteure. Die angeklagten Redakteure hatten die Sache ebenso aufgefaßt wie der hohe Klerus; jetzt sollte nun öffentliche Bekundung dieser Auffassung eine Beleidigung für die „christlichen“ Gewerkschaftsführer sein. Die Beleidigungsklage der „christlichen“ Gewerkschaftsführer gegen die sozialdemokratischen Redakteure erreichte im hohen Klerus und in den Kreisen der katholischen Fachabteiler zunächst starkes Befremden. Hier war man der Meinung, daß die „christlichen“ Gewerkschaftsführer stolz zu sein hätten darauf, daß man ihnen, die treue Söhne der römischen Kirche sein wollten, nachsage, sie wären dem Befehle des Papstes nachgekommen, hätten sich der Enzyklika unterworfen. Man war in den Kreisen der Antikathemiten, wie die katholischen Fachabteiler bezeichnet werden, bestürzt und empört zugleich, daß sich die „christlichen“ Gewerkschaftsführer wegen der Behauptung, etwas getan zu haben, was für einen, nach kirchlichen Begriffen, guten Katholiken einfache Pflicht sei, beleidigt fühlten. Man faßte in diesen Kreisen die Beleidigungsklage der „christlichen“ Gewerkschaftsführer auf als eine offene Revolte gegen den Willen des Papstes, und der Verlauf des Prozesses hat dem hohen Klerus für diese seine Auffassung vollständig recht gegeben.

Die „christlichen“ Gewerkschaftsführer haben in jener Kölner Gerichtsverhandlung, die am Schlusse des vergangenen Jahres stattfand, ein ob siegendes Urteil erstritten. Das Gericht attestierte ihnen, es sei ihnen keine Unterwerfung unter die Befehle des Papstes nachzuweisen. Die sozialdemokratischen Redakteure wurden bestraft, aber die „christlichen“ Gewerkschaftsführer haben alle Ursache, auszurufen: „Wehe uns, daß wir gesiegt haben!“ Ihre Aussagen vor Gericht, mit denen sie das obliegende Urteil erstritten, dreht ihnen jetzt der hohe Klerus zu Stricken zurecht, um den „christlichen“ Gewerkschaften damit den Garaus zu machen.

Schon vor einigen Wochen rückte der neue Kölner Erzbischof Dr. Hartmann mit einem hörbaren Ruck von den „christlichen“ Gewerkschaften ab, nachdem er erst kurz vorher eine Kundgebung erlassen hatte, die man allgemein als günstig für die „christlichen“ Gewerkschaften auffaßte. Die Gegner der „christlichen“ Gewerkschaften im klerikalen Lager strotzten nun geradezu vor Entrüstung und es wurde mehrfach angekündigt, daß bald von berufener Stelle das Damoklesschwert, was über den „christlichen“ Gewerkschaften hängt, herabzulassen werde. Den Bischöfen hatte man sogar schon vorgeworfen, daß sie den „christlichen“ Gewerkschaften gegenüber nicht wachsam genug seien u. a. m.

In Nummer 61 der „Kölnischen Volkszeitung“ wurde von kirchlicher Seite, offenbar aus dem erzbischöflichen Palais zu Köln, gegen diese Vorwürfe Front gemacht. Es hieß da:

„Es sind in den letzten Wochen wiederholt Stimmen laut geworden, die feststellen zu können glauben, daß die Bischöfe hinsichtlich der Teilnahme von Katholiken an den christlichen Gewerkschaften keine klaren Anforderungen gestellt, auch keine befriedigenden Erklärungen erhalten hätten und sich über die wahren Grundzüge der christlichen Gewerkschaften hätten täuschen lassen. Diese Stimmen verschärfen sich zu einer Sprache, die trotz aller Betonung der schuldigen Ehrerbietung tatsächlich vorwurfsvoll genannt werden muß. Demgegenüber sei folgendes festgestellt:

Daß die Bischöfe wachsam gehandelt haben, ergibt sich aus den von ihnen für ihre Diözesanen am 14. Dezember 1910 aufgestellten Thesen oder Beurteilungsgrundrissen, die inzwischen schon von anderer unbekannter Seite in die Öffentlichkeit gebracht sind, und ergibt sich aus den ausdrücklichen anerkennenden Worten der Gewerkschafts-Enzyklika.

Weil diese Grundsätze praktischer Art sind, haben auch die christlichen Gewerkschaften selbst ein sehr großes Interesse daran, ihrerseits freiwillig dafür zu sorgen, daß nicht durch Mißverständnisse ihre katholischen Mitglieder zu der Ansicht kommen, als ständen die Grundsätze der Gewerkschaften im Konflikt mit religiösen Pflichten.

Wie die christlichen Gewerkschaften nun zu den für ihre katholischen Mitglieder unerläßlichen Normen sich stellen, das ist in feierlicher Weise freiwillig und ungezwungen erklärt worden vom Generalsekretär Stegerwald, der am 2. März 1912 in einer großen Versammlung zu Köln namens des Generalvorstandes der christlichen Gewerkschaften die folgende, für die breiteste Öffentlichkeit bestimmte Erklärung abgab und für sofortige Veröffentlichung derselben in der Presse selbst sorgte.

Stegerwald gab im Namen des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften die Erklärung ab, daß

„die christlichen Gewerkschaften ihren einzelnen Mitgliedern keinerlei Anschauungen oder Handlungen im privaten oder öffentlichen Leben, insbesondere auch in Angelegenheiten des wirtschaftlichen Gebiets zumuten, die unvereinbar sind mit den Glaubens- und Sittenlehren der katholischen bzw. evangelischen Kirche, so wie sie in diesen von der zuständigen Autorität gelehrt werden.“

Die „kirchliche Seite“ bemerkte zu der im Namen der christlichen Gewerkschaftsführung feierlich abgegebenen Erklärung:

„Diese Erklärung des Generalvorstandes besteht noch heute zu Recht. Es gibt nun viele Kritiker, die nicht unterscheiden können zwischen formaler Unterwerfung der interkonfessionellen Organisationen unter die päpstliche Enzyklika Singulari und zwischen tatsächlicher, die religiösen Pflichten der katholischen Organisationsmitglieder respektierenden freiwilliger Erklärung. Solche Kritiker hätten doch wahrhaftig Grund, bescheidener aufzutreten und nicht eine Sprache zu führen, als seien die Bischöfe stumme, urteilslose Zuschauer. Die Bischöfe erfüllen ausnahmslos mit heiliger Treue alle Vorschriften des Heiligen Stuhles, sind

aber auch zugleich bestrebt, daß diese Erfüllung in umsichtiger, dem Gemeinwohl nützender Weise geschehe.“

Hier war also alles kurz aneinander gereiht, was die Bischöfe an Garantien für die tatsächliche Unterwerfung der Mitglieder der „christlichen“ Gewerkschaften unter die Vorschriften des Papstes glaubten in Besitz zu haben. Aber diese Aneinanderreihung der „Garantien“ hat den im Rollen befindlichen Stein nicht mehr aufgehoben, sondern ihm offenbar nur noch mehr Schwung gegeben.

Jetzt hat er den Zünder getroffen und eine neue Bombe im „christlichen“ Lager zum explodieren gebracht.

Der Zentrumsabgeordnete Graf v. Doppersdorf gibt die Wochenschrift „Wahrheit und Klarheit“ heraus. Diese Schrift ist eine Kampfschrift gegen das „Kölnen Zentrum“ und die „christlichen“ Gewerkschaften. Nach dem Prozeß der „christlichen“ Gewerkschaftsführer gegen die sozialdemokratischen Redakteure hatte sich der Graf v. Doppersdorf am 19. Januar d. J. mit folgendem Schreiben an den Fürstbischof Dr. Ropp gewandt:

„Es ist Euer Eminenz wohl nicht entgangen, wie der Name Euer Eminenz im Kölner Gewerkschaftsprozesse wiederholt genannt worden ist. Das katholische Volk ist durch jene Vorgänge und Erwähnungen in eine Unklarheit gekommen, die nicht andauern sollte. So wage ich es, mich an Euer Eminenz in aller Bescheidenheit und Offenheit zu wenden und die Bitte zu unterbreiten, gnädigst eine eingehende Darlegung geben zu wollen, welche die obwaltenden Unklarheiten beseitigen wird.“

Eure Eminenz würden mich zu tiefem Dank verpflichten, wenn diese eingehende Darlegung mir in der Weise anvertraut würde, daß mir die Benutzung dieser Kundgebung freigestellt wäre.“

Schon unterm 21. Januar antwortete der Kardinal Fürstbischof Dr. Ropp dem Grafen v. Doppersdorf:

„Euer Hochgeboren beehre ich mich, auf das gefällige Schreiben vom 19. d. M. ergebend zu erwidern, daß ich keinen Anstand nehme, Ihnen zur Aufklärung der öffentlichen Meinung die gewünschten Auskünfte zu erteilen.“

Wie der Episkopat in seinem Aufschreiben vom 5. November 1912, mit dem er die Enzyklika „Singulari quadam“ veröffentlichte, hervorhob, sollten

„die Weisungen des Hl. Vaters zugleich jenem, in der Enzyklika so nachdrücklich betonten Ziele dienen, zwischen katholischen und nichtkatholischen Arbeitern den bürgerlichen Frieden und jene Eintracht zu erhalten, ohne die die irdische Wohlfahrt nicht bestehen kann.“

Deshalb wies das bischöfliche Aufschreiben noch darauf hin,

„die vom Heiligen Stuhle an die Katholiken ergangene Mahnung zur Einigkeit, zur Unterlassung gegenseitiger Beschuldigungen, zur Einhaltung des ordnungsmäßigen Weges zur Lösung der etwa noch in vorbezeichnete Richtung auftauchenden Differenzen entspreche dem heißen Verlangen des gesamten katholischen Volkes“ und schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens,

„daß die kirchliche Treue und Friedensliebe aller guten Katholiken die Enzyklika als einen neuen Beweis der Weisheit und Hirtenliebe des Heiligen Vaters mit inniger Dankbarkeit aufnehmen und alle Weisungen der Enzyklika freudig und gewissenhaft befolgen werde.“

Dieses Streben und diese Erwartung leitete fortan alle weiteren Schritte der deutschen Bischöfe. Der Episkopat als solcher hielt sich von da ab fern, nur daß er noch den Beschluß faßte, ein Konferenzmitglied, den damaligen Kapitularkonvikar von Köln, Prälat Kreuzwald, zu beauftragen, mit den Führern der christlichen Gewerkschaften Fühlung zu nehmen, um zu verhüten, zu verhüten und unbedachten Worten und Handlungen sich hinreißen zu lassen, die später schwer wieder auszugleichen wären. Die Führer der christlichen Gewerkschaften befolgten auch anfangs diese Mahnung, bis die gemäßigten sozialdemokratischen wie auch einzelne liberale Blätter in allerlei höhnischen und beschimpfenden Ausführungen sich ergingen und alle Gespenster kirchlicher Anechtung auftreten ließen.

In dieser Lage beschloßen die Führer, alle Leiter der christlichen Gewerkschaften zu einer Generalversammlung nach Essen zu berufen. Vorher aber wandten sie sich an ihren langjährigen Freund, den hochwürdigsten Herrn Bischof von Baderborn Dr. Schulte, und legten ihm ihre Lage dar. Der Bischof von Baderborn, eingedenk der einhelligen Stimmung des Episkopats, der Enzyklika eine möglichst friedliche und vertrauensvolle Aufnahme bei den Beteiligten zu sichern, unternahm es daher, die von den Gegnern am schärfsten hervorgehobenen und mißdeuteten Bestimmungen der Enzyklika

Der Verband nimmt den Kampf auf.

Sei dem, wie ihm wolle, unser Verband kann und darf den Arbeitern die Unterschrift einer derartigen Erklärung nicht zumuten. Es handelt sich um die Wahrheit und um die Verbandschre. Er nimmt den Kampf auf, der ihm hier aufgezwungen worden ist und wird ihn mit Ehren kämpfen. Der Zentralvorstand ist sich bewusst, daß es sich hier um einen Kampf von ganz besonderer Bedeutung handelt, der jedenfalls von ungewöhnlicher Hartnäckigkeit sein wird. Ein Ende ist noch gar nicht abzusehen. Der Zentralvorstand ist sich aber auch bewußt, daß die Verbandskasse nach Möglichkeit entlastet werden muß, um den Verband in jeder Hinsicht aktions- und schlagfähig zu erhalten usw."

Das Bewußtsein, die „Verbandskasse nach Möglichkeit zu entlasten“, fand seinen praktischen Niederschlag in dem eifrigen Bestreben, die Arbeiter auf Umwegen zu der Erklärung zu bringen. Es bildete sich in Coesfeld ein Komitee angesehener Bürger, an deren Spitze Herr Dechant Rösters stand, das auf die Arbeiter einzuwirken suchte. Die Herren gaben den Arbeitern ihr Ehrenwort, daß innerhalb eines Vierteljahres die Lohnforderungen und sonstigen Verbesserungen bewilligt seien. Die christlichen Arbeiter glaubten es, im Vertrauen auf das Christentum. Sie entrüsteten sich über ihre frei organisierten Kollegen, die, an früher gemachte Erfahrungen erinnernd, den Versprechungen keinen Glauben schenkten. So war denn am 1. Juni 1912 im „Münst. Anz.“ zu lesen:

„Der Arbeiterausschuß in Coesfeld hat sich bereit erklärt, die Arbeit unter den Bedingungen, die den Arbeitern am 16. Februar von der Firma Kolk u. Co. angeboten wurden, also bevor die Androhung der Generalausperrung durch den Verband erfolgte, wieder aufzunehmen.“

Glend war der christliche Textilarbeiterverband in die Knie gesunken, aber noch heute warten die Arbeiter der Firma Kolk u. Co. darauf, daß dieselbe das Ehrenwort des Herrn Dechant Rösters, Dr. Wolters u. a. einlöst. Nichts ist durch die Bewegung erreicht worden, gar nichts!

Technische Fortschritte in der Textilindustrie.

Sofort nach der Ernte wird die Baumwolle von den größten Unreinheiten, namentlich von den Samenförmern, deren Behaarung sie bildet, gereinigt und in große Ballen zusammengepreßt. In den Spinnereien werden diese Ballen zunächst auseinandergerissen und die in Brocken und Klumpen zusammenhaftende Baumwolle den Reinigungs- und Zerlegungsmaschinen übergeben. Hierbei geht die Wolle durch ein System von rotierenden Walzen, die mit großen und kleinen Zähnen und Räden versehen sind und den Zweck haben, die Baumwollklumpen zu „öffnen“. Gleichzeitig wird durch Gebläse der Staub abgeaugt, durch Schlagmaschinen die Wolle möglichst gelockert, kurz, es bleibt kein Mittel unberührt, das Material zu läutern und auszuweichen. Es verläßt auch die letzte dieser Maschinen schon wesentlich reiner in Gestalt eines breiten Mattebandes, das zu einem „Widel“ aufgerollt wird. Dieser Widel wird in Krasmaschinen eingeführt, wo die einzelnen Baumwollfasern voneinander getrennt und in parallele Stränge gelegt werden. Damit ist die erste Annäherung zur späteren Fadenform gegeben.

Das Baumwollband passiert nunmehr das sogenannte „Streckwerk“, das aus mehreren Walzenpaaren besteht, die in Faserlänge hintereinander angeordnet sind. Nachdem die Baumwolle noch gekämmt und auf Spulen aufgewickelt worden ist, kommt sie als Borgarn auf die Ringspinnmaschine. Diese hat eine dreifache Aufgabe zu erfüllen; sie soll das Borgarn auf die nötige Feinheit des Fadens verziehen, dem Faden eine bestimmte Verdrehung erteilen, damit er zugfest wird, und ihn zuletzt in geeigneter Weise aufspulen. Die Ringspinnmaschinen haben dank ihres geringen Raumbedarfes und ihrer bedeutend überlegenen Produktion in der Baumwollspinnerei für grobe und mittlere Garne große Unwäg-

jungen gebracht und ihren Konkurrenten, den Selfaktor, immer mehr zurückgedrängt auf das Gebiet der eigentlichen Feinspinnerei. Hier konnte die Ringspinnmaschine ihre quantitative Ueberlegenheit bisher nicht zur Geltung bringen, indem bei der relativ geringen Zugfestigkeit der feinen Garne enge Grenzen bezüglich Rohstoff, Drehung des Garnes und Spindel-tourenzahls gezogen sind. Aber der Elektrotechnik ist es gelungen, einen elektrischen Einzelantrieb mit periodisch veränderlicher Tourenzahl auszubilden, mit dem auch für feine Garne sehr günstige Resultate bezüglich Mehrproduktion gegenüber Transmissionsantrieben mit konstanter Spindel-tourenzahl erreicht werden können.

Als Stromart für den elektrischen Einzelantrieb kommt heute nur noch Drehstrom in Betracht: der Drehstrommotor mit Kurzschlußanker und der Einphasenstrom-Repulsionsmotor sind schon deshalb die bestgeeigneten Antriebsmotoren, weil bei ihnen kein Feuer eintreten kann und die Gefahr einer Entzündung vermieden ist. Der in Textilfabriken auftretende Staub bildet nämlich mit Luft ein brennbares Gemisch, das leicht entzündet wird durch die am Kommutator oder an den Schleifringen entstehenden Funken. Damit kein Staub in die Wicklungen eindringen und die Ventilation verhindern kann, ist der Elektromotor vollständig eingekapselt, und alle Einzelteile, wie Welle, Lager, Schmierzubereitung, sind nach Möglichkeit den Betriebsverhältnissen angepaßt.

Die Einführung des elektrischen Einzelantriebes in die Textilindustrie bedeutet nicht allein für die Spinnmaschinen, sondern auch für die Webstühle, Spulmaschinen, Kalanders, Spannrahmen, Feugdruckmaschinen, Zylinderpressen usw. eine Erhöhung und Verbesserung der Produktion. Es ist einleuchtend, daß z. B. ein frei von Stößen und Schwankungen der Transmissionsen durch elektrischen Einzelantrieb betätigter Webstuhl ohne Gefahr für das Webstück mit erhöhter Schuhzahl arbeiten kann, und daß bei konstanter Geschwindigkeit des Stuhles die Zahl der Schußfadenbrüche nur gering ist. Abgesehen von diesen ökonomischen Vorteilen ergibt der Einzelantrieb eine größere Sauberkeit des ganzen Betriebes; nach Fortfall der langen Riemen und Transmissionsen wird weniger Staub aufgewirbelt, das Abtropfen des Oils von den Transmissionsen wird vermieden, die persönliche Sicherheit und Gesundheit des Bedienungs-personals wird allgemein günstig beeinflusst. Nachdem sich die Elektrotechniker mit der Konstruktion der Textilmaschinen und den verwickelten Arbeitsvorgängen im Betriebe vertraut gemacht hatten, gelang es ihnen auch, den Elektromotor und die Regulierapparate so auszubilden, daß sie den Anforderungen des Textilfabrikanten voll auf genügen, damit aus den Rohstoffen beim Durchgehen durch die elektrisch betriebenen Maschinen das fertige Gewebe in vollkommener Ausführung hervorgeht.

Gewerbmäßige Streifbrecher und § 153 G.-D.

Kann ein gewerbmäßiger Streifbrecher den Schutz des § 153 der Gewerbeordnung beanspruchen? Auf diese wichtige Frage hat die Erste Strafkammer des Landgerichts in Kassel eine sehr interessante Antwort gegeben, zu der das Gericht auf Grund folgender Begebenheit kam. Im April vorigen Jahres streikten die Metallarbeiter einer Fabrik in Kassel-Niederwehren. Hingegardisten, unter Leitung des wegen schlimmer Delikte mit Gefängnis schwer vorbestraften „Monteurs“ Paul Keiling-Berlin, erschienen als Arbeitswillige auf dem Plan. Der Schlosser B., der eines Tages mit dem ehrenwerten Keiling und einigen seiner Leute auf der Straße zusammentraf, machte seinem Ingrimm über den Verrat an den Interessen der Arbeiter in schärfster Weise Luft. Er soll gerufen haben: „Ihr Streifbrecher, Ihr Lumpen, Euch müßte man die Gurgel herausreißen.“ Keiling, wie seine lange Vorstrafenliste ausweist, ein Ehrenmann, lief zum Staatsanwalt und B. erhielt vom Schöffengericht zu Kassel „wegen öffentlicher Beleidigung“ (§ 185 Str.-G.-B.) in einheitlichem Zusammenhange mit dem Vergehen gegen § 153 der G.-D. eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen. Entgegen den Behauptungen des Angeklagten B. war das Schöffengericht bei Heranziehung des § 153 der G.-D. von der Voraussetzung ausgegangen:

Die beleidigenden Äußerungen waren von der Absicht getragen, die Angeprochenen zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Der Angeklagte habe „den Monteur Keiling

der insolventen Firma einzuleiten. Die Firma Dehmisch u. Engler beschäftigt rund 100 Arbeiter.

Steinmüller u. Sachs, Elsterberg, in Konkurs. Ueber das Vermögen der Lohnstickereifirma Steinmüller u. Sachs in Elsterberg wurde das Konkursverfahren eröffnet. Inhaber der vor etwa 11 Jahren gegründeten Firma sind die Maschinenbesitzer Reinhard Steinmüller und Karl Alexander Sachs. Sie beschäftigte 13 Stickermaschinen und mag in Zeiten günstiger Konjunktur gut verdient haben. Die Inhaber errenten sich hohen Ansehens in Elsterberg. Neben ihrem Stickereigeschäft besaßen sie sich auch mit Grundstückspekulationen, bei denen sie große Mittel aufzubringen gewungen waren, so daß ihre Zahlungen sehr langsam eingingen. Ein von den Gemeinschuldnern geplanter Vergleich schlug fehl.

Die Wächener Aktien-Spinnerei entließ dieser Tage einen Arbeiter, der 32 Jahre im Betriebe war, „wegen nicht mehr vorhandener Leistungsfähigkeit“. Wenn nächstes Jahr der deutsche Kaiser nach Wachen kommt und man das harmonische Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern in der Wächener Industrie feiern wird, kann man diesen ausgearbeiteten Proleten dem Kaiser als klassisches Beispiel vorführen. Der Oberbürgermeister kann, wenn möglich, die gefüllte Kompottschüssel des Entlassenen im Kaisersaal zur Schau stellen und damit sinnig nachweisen, daß im Deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte für das Wohl der Arbeiter tatächlich gesorgt ist „bis ins höchste Alter hinein“!

Unfall. In der mechanischen Weberei von E. A. R u d o l f in Neugersdorf ereignete sich ein bedauerlicher Unfallsfall. Der Meister Würfel wollte einen Stuhl vorrichten. Dabei brach das Stuhlgerüst entzwei und die eiserne Schaftmaschine stürzte herunter und zerstückte dem Meister den Unterarm. Würfel mußte sich sofort in eine Zittauer Klinik begeben. Schuld an dem Unfälle soll das in dieser Fabrik herrschende Sparsystem sein, weil auf drei Sälen nur zwei Meister angestellt sind.

durch Ehrverletzungen zu bestimmen versucht, an Verhandlungen und Vereinigungen von Fabrikarbeitern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellen der Arbeit teilzunehmen“.

Der verurteilte Metallarbeiter B. legte gegen dieses Urteil Berufung ein und erzielte, daß die Kasseler Strafkammer ihn nur wegen Vergehens gegen § 185 Str.-G.-B. verurteilte. So erhielt er statt der 10 Tage Gefängnis nur 75 Mk. Geldstrafe. Gegen die Heranziehung des § 153 G.-D. im erstinstanzlichen Urteil machte B. geltend, er habe den Keiling nicht zum Anschluß an den Streik bestimmen, sondern lediglich sein Mißfallen über das Verhalten des Keiling ausdrücken wollen, der von Berlin zugereift sei, um sich als Streifbrecher beschäftigen zu lassen und die Bestrebungen der einheimischen Arbeiter zu hindern, wie Keiling dies überhaupt gewerbmäßig tue. Die Kasseler Strafkammer, als Berufungsinstanz, nahm diesen Tatbestand als vorhanden an und kam infolgedessen zu der beachtenswerten Entscheidung:

Es steht fest, daß Keiling gerade aus Anlaß des Streiks eigens als Arbeitswilliger aus Berlin gekommen ist, und es mußte ein Versuch, ihn zum Anschluß an die Streikenden zu bestimmen, von vornherein als aussichtslos erscheinen.

Bei dieser Sachlage hält das Gericht nicht für erwiesen, daß der Angeklagte durch die von ihm begangenen Ehrverletzungen den Monteur Keiling zu bestimmen versucht hat, an Verhandlungen der Fabrikarbeiter zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzunehmen.

Der Angeklagte kann somit wegen Vergehens gegen § 153 der G.-D. nicht bestraft werden.

Das ist endlich einmal ein Streikurteil, das dem Rechtsempfinden des Arbeiters entspricht und dessen Logik zwingend genannt werden muß. Das Kasseler Gericht hat die Keiling und Genossen zutreffend eingeschätzt. Es war in der Tat völlig aussichtslos, Leute dieses Schlages zum Anschluß an einen Streik bestimmen zu wollen. Deshalb hatten organisierte Arbeiter einen solchen Versuch an untauglichen Objekten auch niemals gemacht. Hingegardisten strafen man mit stummer Verachtung. Wer aber zu dieser viel Selbstüberwindung erfordernden Anschauung sich noch nicht durchringen konnte, sondern, übermüht von Born über den gewerbmäßigen von den Keiling-Elementen verübten Verrat, diese ehrenwerten Zeitgenossen beschimpft, der kann wohl gemäß § 185 des Str.-G.-B. wegen einfacher Beleidigung bestraft werden, nicht aber mit Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der G.-D., denn das traurige Gewerbe der Hingegardisten stellt diese Sorte Arbeitswillige außerhalb des Schutzes jenes ominösen Paragraphen.

Stellen die deutschen Gerichte sich künftig auf den Boden des logisch unanfechtbaren Standpunktes des Kasseler Gerichtes, so wäre das ein zwar nur kleiner, aber immerhin erfreulicher Fortschritt auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes.

Nachklänge zum Krefelder Färberstreik.

Am Freitag, den 30. Januar d. J., fand vor dem Schöffengericht in K e m p e n ein Beleidigungsprozeß statt, zu dem das schloße Verhalten des „christlichen“ Textilarbeiterverbandes im Krefelder Färberstreik Ursache gegeben hatte. Der „christliche“ Lokalbeamte Marquardt in Krefeld hatte gegen einen unserer Kollegen die Beleidigungsklage erhoben, die nun zur Verhandlung stand und mit einem Vergleich endete. Die Verhandlungen, die bis in den späten Nachmittag hinein dauerten, waren nach mancherlei Richtung hin interessant, weshalb wir nachstehend den Bericht bekanntgeben, den die „Niederrheinische Volkstribüne“ von den Verhandlungen bringt. Wir behalten uns vor, selbst noch einmal auf diese Prozeßverhandlungen zurückzukommen.

Vornehm bemerken wollen wir jedoch schon jetzt, daß die Zentrumspresse aus Anlaß dieses Prozesses lügt, daß sich die Balken biegen. Die „Söln. Volksztg.“ behauptet in ihrer Nr. 98 von Montag, den 2. Februar, daß der „christliche“ Textilarbeiterverband den Färberstreik aufgegeben habe, nachdem der „ansehnliche Erfolg“ von etwa 17 Proz. Lohnerhöhung erreicht worden sei. Das ist denn doch eine geradezu habnebüchene Flunkerei. Nicht einmal die Hälfte dieses Prozenttages — für die Arbeiterinnen gar nichts — war erreicht, als die Christlichen fahnenflüchtig wurden.

Nachstehend einige Episoden aus dem Prozeß, die zur Beurteilung des Streikbruchs des „christlichen“ Textilarbeiterverbandes dienen können.

H o l s t e i n, Sekretär des Arbeitgeberverbandes für die Krefelder Seidenindustrie: Angaben in der Angelegenheit Marquardt, ob dieser dem Oberbürgermeister vor der Abstimmung mitgeteilt, daß die Färber zur Aufnahme der Arbeit bereit seien, kann er nicht machen. Er nehme es aber den christlichen Färbern nicht übel, wenn diese nicht gleich die Arbeit aufgenommen hätten, als die Erklärung vorlag. Der Schutz der Arbeitswilligen genüge nicht! Er macht dann allerhand Angaben (die der H.-A. Horster veranlaßt), indem er Behauptungen und unkontrollierbare Angaben über angeblichen Arbeitsverlust der Färber im Streik bestätigt. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen muß er zugeben, daß der Schaden der Färbereibesitzer durch den Streik sehr groß gewesen sei. Am Schlusse 1913 hätten die meisten Färbereien meist nur Verlustbilanzen feststellen können. Das komme allerdings mit daher, so verbesserte er sich, daß infolge des Streiks die Arbeitgeber selbst in den Betrieb gehen müssen und sich überzeugt hätten, daß manches zu bessern sei. Es seien deshalb in größerem Maße Maschinen aufgestellt worden, wodurch insbesondere eine Reihe Couleurfärber überflüssig geworden seien. (Die Maschine verdrängt also auch in diesem Berufe die menschliche Arbeitskraft. Die Red.) Auch habe sich ein Teil der Kundschaft während des Streiks nach dem Wuppertal, nach der Schweiz und Italien verzogen. Es sei nicht so leicht, diese Kundschaft wieder zu gewinnen. (Es ist also genau so gekommen, wie wir bei der ungläublichen Halsstarrigkeit der Unternehmer vorausgesagt haben. Die Red.) Auf eine Frage des H.-A. Horster erklärt Zeuge dann noch, daß nicht 15 000, sondern 20 000 Textilarbeiter ausgesperrt waren.

H.-A. H e i n e m a n n (der Verteidiger des Angeklagten) fragt Holstein hierauf, ob er damit, daß so viele Arbeiter gegen ihren Willen ausgesperrt wurden und keinen Schutz dagegen gehabt hätten, habe sagen wollen, daß der Schutz der Ar-

Zum ersten Male ist also im Jahre 1912 wesentlich mehr russische als ausländische Rohbaumwolle verbraucht worden. Allerdings war auch der Gesamtverbrauch geringer als in den letzten vier Jahren, so daß sich Schlüsse für die Zukunft aus diesem zufällig günstigen Zahlenverhältnis kaum ziehen lassen.

Gründung einer genossenschaftlichen Baumwollspinnerei in Belgien. Mit Unterstützung von Kapitalisten haben Mitglieder der Genossenschaft Vooruit in Gent eine große Baumwollspinnerei errichtet. Eine Baumwollweberei, ebenfalls auf genossenschaftlicher Grundlage, besteht schon seit mehreren Jahren in Gent.

Die neue belgische Baumwollterminbörse in Gent, die unlängst eröffnet wurde, steht im Zusammenhang mit einer internationalen Liquidationskasse, die mit einem Grundkapital von 5 1/2 Millionen Frank ausgestattet ist. Nach den Statuten ist auch Ausländern unter gewissen Bedingungen das Eingehen von Geschäften gestattet. Gehandelt wird ausschließlich amerikanische Baumwolle; als Grundlage der Geschäfte gilt „Coton Middling“.

Zahlungsstockungen in der Textilindustrie. Die Meeraner Baumwollweberei Wilhelm u. Co. in Meerane i S a. ist in Konkurs geraten. Um das Fortbestehen der Firma zu ermöglichen, wäre die Beschaffung neuer Mittel notwendig gewesen, was sich trotz dahingehender Verhandlungen nicht hat ermöglichen lassen. Der Status liegt noch nicht vor. Die Passiven dürften nicht allzu bedeutend sein. Die Regelung der Angelegenheit ist dadurch erschwert, daß von einer Seite das Eigentumsrecht an den Webstühlen geltend gemacht wird.

Die Firma Dehmisch u. Engler, Zittau, Orleansweberei für Kleider- und Futterzwecke, Panamas und Noirés, die aus der früheren gleichnamigen Großhandlung mit Woll- und Baumwollgarn hervorgegangen ist, befindet sich in Zahlungsstockungen. Die Gläubigerversammlung bewilligte ein vierzehntägiges Moratorium, um inzwischen mit einer Firma in Wien Verhandlungen wegen Uebernahme

beitswilligen nicht genüge? — Sekretär Solstein: Nein, ich bin da anderer Meinung als Sie. (Herr Solstein meinte nämlich den „ungenügenden“ Schutz der Streikbrecher, und doch waren schon am 2. April 196 fremde Polizisten in Krefeld.)

Oberbürgermeister Dr. Johansen: Daß M. ihn belogen haben sollte, könne sich nur auf eine Verhandlung wegen Aufnahme der Arbeit beziehen. Er könne sich nicht denken, daß das mit der Aufhebung der Sperre etwas zu tun haben sollte. Sein Vorgehen bei den Fabrikanten um Aufhebung der Sperre sei die Folge einer mündlichen Erklärung (der Christlichen) gewesen. Es sei ihm da gesagt worden, daß unter gewissen Bedingungen die Arbeit von den christlichen Färbern wieder aufgenommen werden solle. Er erinnere sich nicht, daß er gesagt, daß ein Beschluß der christlichen Färbereiarbeiter vorliegen müsse. Worauf die Abgabe der christlichen Erklärung (am 1. April 1913) beruhe, könne er sich nicht mehr entsinnen, könne sich auch nicht mehr entsinnen, daß ihm gesagt worden sei, daß dies von den christlichen Färbern beschlossen worden sei. Er nehme an, daß die christlichen Vertreter sagten, daß ihre Macht so weit gehe, eine solche Erklärung abzugeben. Er sei der Ansicht, daß die Vertreter bis zu einem gewissen Grade befugt seien, zu disponieren. Er habe keinen Wert darauf gelegt, ob ein Beschluß der Färber vorlag (die Arbeit am 3. April aufzunehmen. — D. B.); er hätte es für völlig ausreichend gehalten, wenn die Vertreter ihm allein die Arbeitsaufnahme garantiert hätten.

Der Privatbeklagte W. fragt den Oberbürgermeister, ob er nicht sagen könne, daß er am 1. April mittags um 1 Uhr nach der Reichshalle an Marquardt telephoniert habe, ob die Versammlung schon zu Ende sei. — Zeuge kann sich dessen nicht mehr erinnern.

Der Kläger W. Marquardt gibt an, daß am 31. März der Zentralvorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes Schiffer beim Oberbürgermeister gewesen sei. Es habe dann noch eine Vertrauensmännerkonferenz stattgefunden und Schiffer habe dem Oberbürgermeister mitgeteilt, wie die Stimmung im Kreise der Vertrauensmänner sei. Am 1. April sei um 11 Uhr eine Versammlung von den christlichen Färbern in der Reichshalle gewesen, wo mit 200 gegen 2 Stimmen beschlossen sei, die Arbeit wieder aufzunehmen, wie es in dem Schreiben an den Oberbürgermeister stünde. Nach der Versammlung sei er in der Wohnung des Oberbürgermeisters gewesen und habe dort das Schriftstück überreicht.

Oberbürgermeister: Das sei außerordentlich wahrscheinlich. Er habe am Tage vorher zu Schiffer gesagt, er müsse ihm eine schriftliche Erklärung bringen, daß die Arbeit unter den besprochenen Verhältnissen wieder aufgenommen werde. Er könne sich aber nicht erinnern, ob er gefordert habe (wie M. angibt. — D. B.), daß eine Abstimmung der Arbeiter vorhergehen müsse. Er habe mehrfach gesagt, daß er sich nur dann für die Aufhebung der Sperre bei den Arbeitgebern einsetzen werde, wenn ein Teil die Arbeit aufnehme.

R.-M. Heinemann: Am 12. März habe der Oberbürgermeister noch auf dem Standpunkt gestanden, daß es ohne die Zustimmung des Deutschen Textilarbeiterverbandes nicht gehen werde.

Oberbürgermeister: Stimmt. Damals wäre das auch nicht möglich gewesen, wenn die christlichen Textilarbeiter es wollten. Diese Ansicht sei auch von den anderen Herren geteilt worden. Erst nachdem mußte man einen Weg suchen, um die Sperre zu beseitigen. Dieser Weg bot sich auf Grund einer Erklärung der Arbeitgeber, daß, wenn ein Teil der Färber die Arbeit aufnehme, die Sperre aufgehoben werde. Wir mußten die Christlichen veranlassen, unter gewissen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Privatbeklagter W.: Wir hatten die Auffassung, daß die Sperre auch dann aufgehoben werden mußte, wenn die Christlichen nicht die Arbeit aufnahmen, wegen der starken Beschäftigung in der Krawattenindustrie insbesondere. Hatte der Herr Oberbürgermeister nicht auch diese Auffassung?

Oberbürgermeister: Ich habe nicht gewußt, daß die Arbeit drängte. Ich hatte allerdings die Auffassung, daß die Sperre auch so einmal aufgehoben worden wäre. Er könne nicht sagen (auf die Frage des R.-M. Horster), ob die Arbeitgeber auf alle Fälle die Ausperrung weitergeführt hätten. Es waren zwei Strömungen in den Kreisen der Arbeitgeber. Die eine wollte auf alle Fälle durchhalten, die andere wollte vielleicht den Arbeitern entgegenkommen. Die erstere sei aber die größere Mehrheit gewesen, sie wollte durchhalten, ob es biege oder breche.

Nach kurzer Auseinandersetzung, ob festgestellt werden soll, ob M. kein ehrliches Spiel oder ein Doppelspiel getrieben habe und R.-M. Horster insbesondere nur die Vorgänge von Ende März bis Anfang April in den Kreis der Beweisaufnahme gezogen wissen will, erfolgt zunächst die Vernehmung des Gauleiters Brüggemann und des Lokalbeamten Bretschneider vom Deutschen Textilarbeiterverband über die Vorgänge während des Zusammengehens mit dem christlichen Verbands und nachher. Sie heben beide wesentlich hervor, daß die christlichen Vertreter zuerst gemeinsam mit ihnen vorgegangen seien, sogar in einer eigenen Resolution (Besch) ihr Einverständnis mit der Aufnahme der Ausperrung bekundet hätten, auch alle Schriftstücke an die Arbeitgeber gemeinsam unterzeichnet und eingesandt hätten. Mit der Antwort auf das letzte Ultimatum der Unternehmer seien auch die christlichen Vertreter einverstanden gewesen, hätten es aber nicht unterschrieben. M. hätte vielmehr gesagt, daß er bereits dasbelle Antwortschreiben an die Arbeitgeber eingekauft habe. Das Antwortschreiben sei aber von den Christlichen ohne Wissen des Deutschen Textilarbeiterverbandes abgeändert worden. Brüggemann gibt weiter an, daß Schiffer ihn habe veranlassen wollen, ohne Rücksprache mit den Arbeitern und der Zentralkommission nochmals zum Oberbürgermeister zu gehen. Nach seiner Ueberzeugung seien damals Abmachungen schon mit dem Oberbürgermeister hinter dem Rücken des Deutschen Verbandes getroffen worden. Er habe es abgelehnt, mitzugehen. Nicht allein sie, sondern auch die Christlichen hätten gesagt, daß die Ausperrung einmal kommen und durchgehalten

werden müsse. (Zustimmung der Christlichen. D. B.) Der Tarif hätte so nicht angenommen werden können, da er zu langfristig gewesen sei, auch die Arbeiterinnen unter 22 Jahren keinerlei Zulage erhalten hätten. Er sei auch heute noch der festen Ueberzeugung, daß ein Erfolg für die Färber erzielt worden wäre, wenn die Christlichen ehrlich zu ihnen gehalten hätten.

Jacob Besch, früherer Gaubeamter des christlichen Textilarbeiterverbandes, jetzt Angestellter einer Versicherungsgesellschaft, gibt die bekannte christliche Meinung über die Aussicht des Färberstreiks kund. Seine Resolution aus der Sitzung der Weberunion habe angeblich nur den Fabrikanten einen Schreck einjagen sollen. Bekanntlich wurde in jener Sitzung angezweifelt, daß die Resolution ehrlich gemeint sei. Die Zweifelsenden wurden damals mit schönen Reden beschwichtigt. Nun haben sie doch recht behalten. (D. B.) Schiffer sei öfter nach Krefeld gekommen und habe gesagt, es geht so nicht mehr weiter. (Schiffer ist also die treibende Kraft gewesen. Es ist nun auch verständlich, warum B. aus seiner Stellung beim christlichen Textilarbeiterverband ausgeschieden ist. D. B.) — Färber Hendricks, Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes, weiß über die Versammlungen in der Reichshalle nur vom Hörensagen zu berichten. Die Führer des christlichen Verbandes hätten zuerst gesagt, daß sie den Kampf bis zur äußersten Grenze mit durchführen würden. — Jakob Besch gibt auf Befragen noch an, daß die Stimmzählung in der Reichshalle beendet gewesen sei, als Marquardt mit der Erklärung, die er selbst mit unterschrieben habe, zum Oberbürgermeister gegangen sei. — Bretschneider erklärt, daß am 2. April laut Zählung durch die Vertrauensleute 6 bis acht, am 3. April etwa 30 arbeitswillige christliche Färber in den Betrieben gewesen seien. Die Christlichen hätten die Färber durch eine mehrfache Aufforderung zwingen müssen, in die Betriebe zu gehen. — Besch: Am 1. April hätten die christlichen Färber mit Mehrheit beschlossen, in den Betrieb zu gehen, von der Abstimmung am 2. April kann er Genaueres nicht sagen, am 3. April sei die Mehrheit (Marquardt gibt später an: 95 für, 59 gegen Arbeitsaufnahme) für die Arbeitsaufnahme gewesen.

Breuer, Färber, der wegen des christlichen Verrats aus dem christlichen Textilarbeiterverband ausgetreten ist, sagt etwa aus: Am 1. April sei vormittags in der Reichshalle eine Versammlung der christlichen Färber gewesen. Er habe verlangt, daß geheime Abstimmung stattfinde. Da habe Marquardt gesagt, das mache soviel Arbeit. Er habe gesagt, daß doch auch auf Eichental, wo doch bedeutend mehr Färber versammelt seien, auch geheim abgestimmt werde. (Bekanntlich hatten die Christlichen es dem Deutschen Textilarbeiterverband zum Vorwurf gemacht, daß auf Eichental zuerst nicht geheim abgestimmt worden sei. Man ersieht daraus die Ehrlichkeit der Christlichen. Gaben doch am 1. April nach eigenen Angaben die Christlichen öffentlich abgestimmt! Es blieben nur zwei sitzen, sagte Fahrenbach, der christliche Beamte in Eberfeld! So halten die Christlichen ihre eigenen Forderungen aufrecht. D. B.) Es sei dann geheim abgestimmt worden. Er habe die Stimmzettel mit abgezählt. Die große Mehrheit sei für Weiterführung des Streiks gewesen, und zwar etwa 113 bis 117 und nur 7 bis 10 für Aufnahme der Arbeit. Als sie beim Abzählen der Stimmzettel gewesen seien, sei Marquardt hereingekommen und habe gesagt, daß nochmals abgestimmt werde. Es seien bereits viele gegangen gewesen. Marquardt habe gesagt, man solle vom Resultat nichts sagen, es stehe draußen voller „Noten“. Er habe dabei einen roten Kopf gehabt. (Die Verhandlungen wurden nun, es war bereits 1 Uhr geworden, bis 3 Uhr nachmittags ausgesetzt.)

Färber Breuer wird nach Beendigung der Mittagspause nochmals vernommen. Er sagt, daß die von ihm geschilderte Versammlung, die einzige, der er beigewohnt habe, auch am Mittwoch gewesen sein könne. Bestimmt wisse er, daß sie nach der Färberversammlung auf Eichental stattgefunden habe.

W. Marquardt macht dann längere Ausführungen, wann und weshalb drei Abstimmungen stattgefunden haben. Am 1. April sollte abgestimmt werden, um zu erkunden, ob die Mitglieder bereit seien, auf Grund der Vorschläge der Arbeitgeber die Arbeit aufzunehmen. Das Resultat sei dem Oberbürgermeister mitgeteilt worden. Am 2. April habe eine Versammlung stattfinden müssen, ob die Färber nun die Arbeit aufnehmen wollten, nachdem die Erklärung der Arbeitgeber vorgelegen habe. Die erste Abstimmung sollte nur eine Information (? — D. B.) über die Stimmung der Mitglieder sein. Die Vertreter hatten die Verpflichtung übernommen. Das Statut des christlichen Textilarbeiterverbandes besage, daß sich mindestens 75 Prozent der Beteiligten für die Weiterführung eines Streiks erklären müßten. Am 2. April sei es vor der Reichshalle schwarz voller Menschen gewesen. Die Mitglieder des christlichen Verbandes seien von den vor dem Lokal stehenden Mitgliedern des „sozialdemokratischen“ Verbandes „beeinflusst“ worden. Letztere seien sogar in das Lokal „eingedrungen“ (in ein öffentliches Lokal, wohlgemerkt. — D. B.), so daß „unzere Leute“ (die Christlichen. D. B.) „verwirrt“ wurden. Nun haben wir uns gesagt, daß unter diesem Einfluß das Resultat der Abstimmung nicht bekanntgegeben werden könne. Die Abstimmung habe 113 für die Fortführung des Streiks, 63 Stimmen dagegen ergeben. Da ihnen das Resultat nicht genügt habe, habe man am 3. April nochmals eine Abstimmung veranstaltet, in der 95 für und 59 gegen die Arbeitsaufnahme gestimmt hätten. Am 4. April sei dann die Arbeit definitiv wieder aufgenommen worden.

Fahrenbach, christlicher Textilarbeiterverbandssekretär in Eberfeld-Barmen: Er habe an der Versammlung am 1. April und an der Sitzung am 31. März teilgenommen. Am 31. März sei der Vorsitzende des Verbandes, Matthias Schiffer, nach der Regierung bestellt worden. (Wohl um die gegen die Streikenden zu ergreifenden Maßnahmen zu besprechen? — D. B.) Als er zurückgekommen sei, habe er ihn telephonisch angerufen und ihn zu der Sitzung am 31. März nach Krefeld bestellt. Am 1. April hätten die Versammelten beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es hat niemand dagegen gestimmt. Nachher hätten sich nur zwei erhoben, die

nicht damit einverstanden gewesen. (Es ist somit nicht geheim abgestimmt worden. — D. B.)

Egger, Vorsitzender der Filiale Krefeld des christlichen Textilarbeiterverbandes: Am 1. April hätten sich nur zwei der Versammelten der Abstimmung enthalten. Die Gegner seien draußen um das Lokal versammelt gewesen, seien auch hineingekommen. Die Abstimmung sei geheim gewesen. Man sei sich darüber einig geworden, das Resultat geheim zu halten, und habe dann eine zweite Abstimmung über eine Resolution vorgenommen (die bekanntlich behauptete, daß die christlichen Färber nur aus Angst vor den „Noten“ nicht in die Betriebe gegangen seien und in der den christlichen Führern das Vertrauen ausgesprochen wurde. D. B.) Behn hätten gegen die Resolution gestimmt. (Die Kommission, die die Stimmen abzählte, konnte weder zu dieser Resolution Stellung nehmen, noch dagegen stimmen, da man die Abstimmung in ihrer Abwesenheit vornahm. — D. B.) Das Resultat der ersten Abstimmung sei gewesen, daß über 100 gegen die Aufnahme der Arbeit waren. Das Resultat sei ihm erst später als Gruppenführer bekannt geworden.

Breuer erklärt nochmals, daß das Resultat 113 gegen 7 bis 10 Stimmen gewesen sei. Man habe ihm später eine Erklärung im Verbandsbureau vorgelegt. Wer die nicht unterschrieb, sollte keine Unterstützung bekommen, auch wollte man das Buch festhalten.

Egger gibt auf Befragen an, daß die zweite Abstimmung am 2. April 169 Stimmen für, 10 gegen die Resolution ergeben hätte. Die zweite Abstimmung fand sofort nach der ersten statt. Die erste Abstimmung hatte die Furcht in uns aufkommen lassen, daß das erste Resultat kein günstiges sein werde, deshalb fand die zweite Abstimmung statt. Aus der vorherrschenden Stimmung habe man das geschlossen. Mit 113 Stimmen für Weiterstreifen und 63 Stimmen für die Aufnahme der Arbeit sei der Streik aufgehoben gewesen.

Bonas, Kartellsekretär der christlichen Gewerkschaften zu Krefeld, hat am 2. April die Versammlung geleitet. Schon bei Beginn der Versammlung seien Lokal und Straße von „sozialdemokratischen“ Färbern (dabei standen auch Mitglieder der Freien Vereinigung und des Kirch-Dunkerschützen Gewerksvereins im Streik! B. sieht also wohl jedem die politische Gesinnung, die doch mit dem Streik nichts zu tun hat, an. D. B.) besetzt gewesen. Sie „bearbeiteten“ unsere Leute, daß sie weiterstreifen sollten. In einem Nebenraume sei das Ergebnis festgestellt worden. Er habe dabei geholfen. Inzwischen habe die Versammlung wegen der „sozialdemokratischen Belagerung“ (wie schrecklich! — D. B.) den Beschluß gefaßt, das erste Ergebnis geheim zu halten. Es seien 113 Stimmen für den Streik, 63 Stimmen dagegen abgegeben worden (für Arbeitsaufnahme). Als das erste Resultat noch nicht genau festgestellt gewesen sei, habe die neue Abstimmung stattgefunden. Es seien 167 für, 10 gegen die zweite Resolution gewesen. (Es ist damit die Beweisaufnahme geschlossen und wird auf Wunsch der Verteidiger eine Pause gemacht. In der Pause einigten sich die Parteien auf der Grundlage, daß W. die von ihm gegen den Privatkläger gebrauchten Worte mit dem Ausdruck des Bedauerns auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme zurücknimmt und der Privatkläger den guten Glauben des Privatbetroffenen anerkennt. W. trägt die Kosten und wird die Erklärung innerhalb 6 Wochen im „Textilarbeiter“ veröffentlicht.)

Frauentwahlrecht und Arbeiterschaft.

Auch in diesem Jahre veranstaltet die sozialdemokratische Partei einen Frauentag zur Propaganda für das Frauentwahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften. Für diese Forderung treten gleichzeitig und in gleicher Weise die Sozialdemokraten in Oesterreich, der Schweiz, England und Rußland ein. Sie beweisen dadurch einmal, welche Bedeutung sie dieser Frage beimessen, die einen ihrer Programmpunkte bildet, und ferner, wie notwendig es ihnen erscheint, gerade für diese Forderung immer wieder demonstrativ einzutreten.

Die Frauentage sollen nämlich auch dazu dienen, den Teil der Bevölkerung für das Frauentwahlrecht und damit der Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben zu interessieren, der dieser Frage noch recht oft gleichgültig und verständnislos gegenübersteht: die große Masse der Frauen und Töchter der Arbeiterklasse. Wohl ist die Mehrzahl von ihnen erwerbstätig und wird dadurch schon ganz von selbst in das öffentliche Leben hineingezogen und, soweit Arbeiterfrauen nicht mitarbeiten, werden auch sie von den Fragen des öffentlichen Lebens mehr berührt, als z. B. Frauen aus bürgerlichen Kreisen. Dennoch begegnen wir leider immer noch größter Gleichgültigkeit und Unkenntnis in ihren Reihen allen Dingen gegenüber, die die Allgemeinheit angehen. Dies ist aber der Grund, weshalb die Reichsregierung, die Landesparlamente und die Kommunalverwaltungen bis jetzt alle Anträge auf Einführung des Frauentwahlrechts abgelehnt haben.

Dadurch aber wird ein Zustand aufrechterhalten, der die Frauen zu rechtlosen Personen stempelt und ihnen nicht erlaubt, an Beschlüssen mitzuwirken, die auch auf sie angewendet werden und deren Kosten auch sie zu tragen haben. Die Folgen, die hieraus entstehen und besonders die Frauen und Töchter der Arbeiterklasse berühren, werden wir in einem späteren Artikel besprechen. Zunächst kommt es darauf an, den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen Kenntnis zu geben von der für den 8. März geplanten Veranstaltung und ihrer Bedeutung.

Alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sollten ihre Kolleginnen und weiblichen Familienangehörigen darauf aufmerksam machen und sie veranlassen, die Versammlungen zu besuchen. Diese sollen dazu beitragen, die Forderung auf gleiches Recht für Mann und Frau zu unterstützen und die Anteilnahme des weiblichen Geschlechts am Befreiungskampfe der Arbeiterklasse zu fördern.

Berichtigung.

In dem Artikel „Die Färberei und chemische Wäscherei in Berlin“ in Nr. 6 muß es im letzten Absatz natürlich statt § 153 152 heißen. Die Leser werden sich den Fehler wohl schon selber berichtigt haben.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Tarifvertrag in der Seidenbandindustrie. Zwei von der Tarifkommission bergischer Seidenbandwirkergehilfen einberufene Versammlungen nahmen am Sonnabend, den 31. Januar, Stellung zu dem Abschluß eines Tarifvertrages. Von dem Vorsitzenden der Kommission wurde eingehend über die Verhandlungen mit den Fabrikanten Bericht erstattet. Da das Angebot der Fabrikanten nicht den Erwartungen der Bandwirker entsprach, so machte sich eine starke Stimmung gegen den Abschluß eines Vertrages geltend. Die Versammlungsteilnehmer gaben ihre Zustimmung nur in der Voraussetzung, daß verschiedene ihrer berechtigten Wünsche noch befriedigt werden.

In Berlin in dem Betrieb „Krone“, Gasglühlichtgesellschaft G. m. b. H., Köpenicker Straße, herrscht als Allgewaltiger der Meister Gosemerker. Durch sein rücksichtsloses Schwingen der Straffuchtel und wegen gewisser Schimpfworte fühlten sich die Arbeiterinnen gezwungen, sich zu versammeln, um über die Wahrung ihrer Rechte zu beraten. Es wurden Einladungen zu der Versammlung verteilt, und als Herr Gosemerker hiervon Kenntnis bekam, sagte er: „Geht nur alle hin zur Versammlung“. Es erschienen denn auch fast alle Beschäftigten, und es wurde in ruhiger, sachlicher Weise beraten, ob die Strafen von 10 Pf. an steigend bis 4,50 Mk. gefänglich zulässig sind und ob die Strafgebühren ihre gesetzmäßige Verwendung finden, wenn Vergnügungen dafür veranstaltet werden sollen. Es wurde auch darüber beraten, ob die Arbeitsordnung vom Jahre 1900 noch zu Recht besteht. Daß dann noch die Arbeiterinnen energisch dagegen protestierten, beschimpft zu werden — sie wurden „Schweine“ und „Säue“ genannt — ist gewiß berechtigt. — Dieses war der Verlauf der Versammlung. Anstatt daß nun die Firma die berechtigten Beschwerden geprüft und soweit möglich für bessere Zustände gesorgt hätte, setzte sie einfach eine größere Anzahl Arbeiterinnen auf das Pflaster. Grund zur Entlassung war der Versammlungsbefehl. Die entlassenen Arbeiterinnen sollten einen Revers unterschreiben, daß sie an die Firma keine weiteren Forderungen hätten. Auf den Rat der Organisation verweigerten sie dieses, und das Gemeindericht wird Gelegenheit haben, nachzuprüfen, ob alle Strafgebühren zu Recht abgezogen worden sind.

Aus Unternehmerkreisen.

Vertagung der Verhandlungen der deutschen Tuchkonvention. Die geplanten Verhandlungen der deutschen Tuchkonvention mit den Tuchgroßabnehmern, die am 3. Februar stattfinden sollten, sind, wie „Der Conf.“ mitteilt, vorläufig vertagt worden. Die deutsche Tuchkonvention hatte in einem Schreiben an Herrn Dr. Ehlers, Syndikus der Handelskammer zu Berlin, der bei den letzten Verhandlungen zwischen den Delegierten der Tuchkonvention und der Interessengemeinschaft der Tuchgroßabnehmer als unparteiischer Vorsitzender fungiert hatte, den 3. Februar als Verhandlungstermin vorgeschlagen, aber gemäß den Beschlüssen ihres Ausschusses die Bedingung gestellt, daß vorher die Orderperre gegen die Mitglieder der Tuchkonvention aufgehoben wird. Die Tuchgroßabnehmer haben aber einstimmig die Aufhebung dieser Maßnahme abgelehnt. Es besteht Aussicht, daß die Tuchkonvention ihre Bedingung fallen läßt und dann Mitte Februar die neuen Verhandlungen der Tuchkonvention mit dem Kartell der Tuchgroßabnehmer stattfinden werden.

Friede zwischen der Zanella-Konvention und dem Verband der Großhändler für Schneiderartikel. Zwischen der Zanella-Konvention und dem Verband der Großhändler für Schneiderartikel waren vor einiger Zeit Differenzen entstanden, die sich derart zuspitzten, daß der Großhändlerverband zu einem Boykott der Fabrikanten überging, welchen die Allgemeine Deutsche Zanella-Konvention dadurch beantwortete, daß sie ihren Mitgliedern verbot, Abschlüsse mit den Mitgliedern des Großhändlerverbandes zu machen. Hierauf sandten längere Verhandlungen zwischen beiden Gruppen statt, die nunmehr zu einer Verständigung geführt haben, so daß nunmehr Boykott und Verkaufsverbot zurückgezogen worden sind und der Friede wiederhergestellt ist.

Die Verlängerung des Kartellvertrages zwischen Seidenstoff-Fabrikanten und -Großhändlern. Nach Mitteilungen in der Tagespresse ist der Kartellvertrag des Verbandes der Seidenstoff-Fabrikanten Deutschlands mit der Vereinigung der Seidenwarengroßhändler, welcher Ende Februar abläuft, nicht erneuert worden, da bezüglich der Zahlungsbedingungen und des Verkehrs mit der gemeinsamen Kundschaft eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Diese Meldung ist, wie wir nach Informationen an zuständiger Stelle erfahren, in dieser Form unrichtig. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Kartellvertrages sind allerdings bisher ergebnislos verlaufen, jedoch ist bisher gerade über die beiden erwähnten Punkte (Zahlungsbedingungen und gemeinsame Kundschaft) noch nicht verhandelt worden.

Erneuerung des Preisartikels der österreichischen Baumwollspinner. Wie aus Wien gemeldet wird, findet dieser Tage die Sitzung der österreichischen Baumwollspinner statt, in der über die Erneuerung des am 15. Januar ablaufenden Preisartikels beraten wird. Voraussichtlich wird eine Verlängerung der Konvention bis August beschlossen werden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß im Hinblick auf eine unter einem Teile der Spinner bestehende Strömung eine Bindung bloß für einen kürzeren Zeitraum beschlossen werden wird.

Die Wollwarenfabrik „Mercur“, Liegnitz, zahlt 20 Proz. Dividende. In der Aufsichtsratsitzung dieser Gesellschaft für das Betriebsjahr 1912/13 wurde beschlossen, vom Reingewinn von 452 663,92 Mk. einschließlich des Vortrages von 72 084,50 Mark der am 21. März in Berlin stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 20 Proz., wie im Vorjahre, in Vorschlag zu bringen, dem außerordentlichen Reservefonds wieder 60 000 Mk. zu überweisen und auf neue Rechnung 94 470,68 Mk. vorzutragen.

Also die Angst der Aktionäre, von der wir kürzlich berichtet haben, war, wie sich jetzt zeigt, völlig unbegründet. Wieder 20 Emmen pro 100 Mk. Aktienkapital faden die Aktionäre von dem Ertrag der Arbeit anderer Leute ein. Daneben füllen sie noch einen außerordentlichen Reservefonds an und reservieren sich nahezu 100 000 Mk. Gewinn für nächstes Jahr. Hätte man nicht diese 94½ Tausend Mark wenigstens zur Aufbesserung der Arbeiterlöhne verwenden können?

Aus Handel und Industrie.

Ein enormer Exportrückgang in Stickerieiprodukten nach Amerika ist sowohl in der Schweizer wie in der bogtländischen Stickerieindustrie zu verzeichnen.

Nach der „Neuen Züricher Zeitung“ bezifferte sich im Jahre 1911 der gesamte Export aus dem Konjunkturbezirk St. Gallen nach der amerikanischen Union noch auf 79 575 168 Frank; für 1912 sank die Summe bereits auf 70 458 798 Frank und für 1913 sogar auf 62 124 806 Frank. Diese ungünstige Entwicklung ist natürlich zum größten Teil auf den Ausfall in Produktion der Stickerieindustrie zurückzuführen. Er betrug 1912 bereits 8,7 Millionen Frank und für das eben abgelaufene Jahr 1913 stellt sich ein weiterer Rückgang von rund 7,8 Millionen Frank heraus, zusammen innerhalb zweier Jahre also ein Ausfall von 16,5 Millionen Frank allein für die Stickerieindustrie und nach einem einzigen Exportgebiete. Wie im Vorjahre war auch 1913 das zweite Semester besser als das erste, was seine besonderen Gründe hat.

Vom Januar bis zum Juni 1912 betrug der Wert des Stickerieexportes nach der nordamerikanischen Union 29 063 506 Frank und von Juli bis Dezember 35 021 299 Frank oder total 64 084 805 Frank, während sich für das Jahr 1913 die analogen Daten auf 24 161 186 Frank beziehungsweise 32 135 429 Frank oder total 56 296 615 Frank stellen. Der gesamte Export aus dem Konjunkturbezirk St. Gallen reicht also mit 62 124 806 Frank nicht einmal mehr an den Stickerieexport vom Vorjahre heran. Nicht weniger als acht Monate haben Exportabnahmen zu verzeichnen und nur vier verhältnismäßig kleine Zunahmen.

Der weitaus größte Ausfall trifft die Maschinenstickereien mit 7 839 791 Frank, so daß diese Position sich nur noch auf 42 455 335 Frank stellt. Sie umfaßt jene Artikel, die in immer größeren Quantitäten in Amerika selbst hergestellt werden und für welche sich auch eine immer schärfer werdende auswärtige Konkurrenz geltend macht. Verhältnismäßig sehr groß ist ferner der Ausfall in Spitzen (seidene, baumwollene und Metall). Der Rückgang beziffert sich auf 1,6 Millionen Frank bei einer Gesamtexportsumme von nur 4 345 367 Frank. Abnahmen verzeichnen weiter noch Nähware (23 800 Frank) und die Modeartikel der Kettenstickerei (20 000 Frank). Besser abgefahren haben dagegen die Kettenstichvorhänge, die ihren Export um 289 400 Frank, d. h. auf 2 326 638 Frank hoben. Das gleiche ist zu sagen von den gewobenen und gestickten Plattstichgeweben, deren Exportsumme um 197 000 Frank auf 1 246 743 Frank stieg und von den Appenzeller Artikeln, welche ihre Ausfuhr um 26 900 Frank, d. h. auf 101 583 Frank erhöhen konnten. Erfreulich ist auch, daß sich die Position Taschentücher, Kragen, Roben usw. von 4,5 Millionen Frank auf 5 650 879 Frank oder um 1 158 000 Frank verbessern konnte.

Der Gesamtausfall der bogtländischen Textilindustrie im Handel mit den Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1913 gegenüber 1912 nach dem Jahresbericht des amerikanischen Konsulats in Blauen 12 453 617 Mk. Dieser Ausfall überwiegt den Gesamtausfall der Warenausfuhr aus dem Blauener Konsulatsbezirk, der 11 019 435 Mk. betrug, noch um 1 434 182 Mark. Der Ausgleich dieser Differenz bringt nur die Mehrausfuhr in anderen Artikeln. Den Verlust trägt vor allem die Baumwollspinnenindustrie mit allein 11 347 722 Mk. Ausfall. Das Geschäft in Stickeriemaschinen mit den Vereinigten Staaten hat sich wieder etwas belebt. Gegenüber nur 42 255 Mark im dritten Quartal 1913 sind im vierten Quartal für 200 662 Mk., das sind 158 407 Mk. mehr, Stickeriemaschinen ausgeführt worden. Der Wert der Stickeriemaschinenausfuhr 1913 überwiegt den von 1912 um 118 954 Mk. Mehrausfuhr ist ferner zu verzeichnen vor allem in baumwollenen und wollenen Stoffen, Decken und Garnen, in Spitzenvorhängen, Tuchstoffen und Bekleidungs-, Metallspitzen, Lederhandschuhen, Teppichen, Lampen und Papierwaren.

Vermischtes.

Körpergewicht und Gesundheit. Das Körpergewicht ist ein wichtiger Indikator für die Gesundheit; unter normalen Verhältnissen soll das Gewicht des unbedeckten Körpers in Kilo der Körperlänge in Zentimetern unter Abzug von 100 entsprechen. Ein Mann, der 170 Zentimeter groß ist, soll daher ein Gewicht von 70 Kilo aufweisen. Starke Abweichungen nach unten oder nach oben sind immer als bedenklich zu bezeichnen. Nicht minder wichtig ist es, auf starke Gewichtsunabnahme oder -zunahme zu achten, da auch diese fast immer mit krankhaften Zuständen verbunden sind. So findet sich regelmäßig eine Gewichtsunabnahme bei zehrenden Konstitutionskrankheiten, z. B. bei der Tuberkulose, beim Krebs, bei der Zuckerkrankheit und Nervenverfallung. Die Gewichtszunahme hängt gewöhnlich mit der Fettsucht zusammen. In den „Blättern für Volksgesundheitspflege“ wird ausgeführt, daß durch das Essen bedeutend mehr Erkrankungen hervorgerufen werden, wie durch das Trinken, und daß die meisten Menschen es nicht verstehen, ihr Körpergewicht in zulässigen Grenzen zu halten. Das tatsächlich verschiedene Verhalten im Körperansatz beruht hauptsächlich in den verschiedenen individuellen Verhältnissen, es kommt auf das Temperament, auf die Lebensweise, auf die seelischen Verhältnisse, auf das Maß größerer oder geringerer geistiger Tätigkeit an. Alle diese Faktoren sind außerordentlich maßgebend dafür, ob aus den genossenen Speisen eine Aufspeicherung im Körper erfolgt oder diese restlos verbraucht werden. Geistig sehr rege Personen und Nervöse haben gewöhnlich ein niederes Körpergewicht und wird letzteres gehoben, dann geht auch gewöhnlich die nervöse Ueberreizung zurück. (Frankf. Ztg.)

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Die Berliner Wirterei und Stickerie, welche hauptsächlich starke Strümpfe, Fing- und Sportartikel anfertigt — eine Anzahl kleiner Betriebe, 2 mittlere, fertigen besonders Sport- und Modeartikel an, und in einem Großbetriebe werden besonders Strümpfe, Westen, Tricotagen und darin einschlagende Artikel angefertigt — war bisher auch von der vorigen Krise verschont geblieben. Aber seit Weihnachten ist auch die hiesige Wirterei von der Krise erfaßt. Ein Betrieb, in welchem nur weibliche Arbeiter beschäftigt wurden, hat ihre Pforten ganz geschlossen, 2 Betriebe — hauptsächlich für Sport- und Modeartikel — haben wenig zu tun; in einem davon müssen die Arbeiter, obwohl sie infolgedessen eine Einschränkung der Arbeitszeit forderten, den ganzen Tag anwesend sein. In dem größten Betriebe dürfen die männlichen Stricker nur 35 Stunden die Woche arbeiten, während die weiblichen voll beschäftigt werden. Zwei der größeren Betriebe lassen zum

größten Teil ihren Bedarf auswärts herstellen, in Sachsen, Thüringen, so daß in Berlin die Schwankungen der Konjunktur nicht immer sehr verspürt wurden. Die Mode der feinen Strümpfe hat die der letzten sehr verdrängt; erstere werden in Berlin nicht angefertigt. Auffallend hierbei ist nun, daß in den drei größten Betrieben den Arbeitern erklärt wurde, die Waren würden in Berlin zu teuer, die zu hohen Löhne seien schuld daran. In einem Betrieb, wo die Arbeiter nicht organisiert sind, sind denn auch schon Lohnreduktionen erfolgt. Einer Firma, welche besonders viel Ware bezieht, soll ein Artikel (Damensocken) um 20 Proz. billiger offeriert worden sein, als sie ihn in Berlin herstellen könne. Selbst wenn wir gar keinen Lohn dafür erhielten, heißt es, wäre die Differenz noch nicht ausgleichend. Es scheint nach den Andeutungen, welche man uns fortgesetzt macht, die Absicht zu bestehen, die Waren in noch größerer Menge auswärts anfertigen zu lassen, auch teils weibliche Stricker an die Stelle der männlichen zu stellen; in dem größten Betriebe tritt das schon seit Jahren hervor. — Die Kollegen mögen dies beherzigen, wenn sie Lust haben, nach Berlin zu kommen.

Berlin. In der am 3. Februar im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltenen Generalversammlung wurde vorerst vom Koll. Schein der Kassenbericht vom 4. Quartal 1913 bekanntgegeben. Derselbe zeigte eine Einnahme von 22 210,37 Mk. und eine Ausgabe von 18 408,92 Mk., mithin verblieb am Jahresschluß ein Bestand von 3801,45 Mk. In der Ausgabe sind 1005 Mk. zur Weihnachtsgeschäft für die arbeitslosen Mitglieder enthalten. Die Mitgliederzahl war am Anfang des Quartals 2474 männliche, 1026 weibliche, zusammen 3500 Mitglieder, am Ende des Quartals 2399 männliche, 964 weibliche, zusammen 3363 Mitglieder, mithin war ein Mitgliederabgang von 75 männlichen und 62 weiblichen, gleich 137 Mitgliedern eingetreten. Der Jahresbericht, welcher den Mitgliedern gedruckt vorlag, wurde vom Kollegen G r u h l in kurzen Worten geteilt und etliche darin enthaltene Fehler wurden berichtigt. Der ganze Jahresbericht stellt fest, daß in allen Branchen der Berliner Textilindustrie der Geschäftsgang ein sehr ungünstiger war, mithin wurden sogar Lohnreduzierungen vorgenommen, welche nicht abzuwehren waren. Zwei Lohnbewegungen zeigten einen Erfolg. Auch beim Tarifabschluß der Bekleidungsbranche haben wir gut abgefahren. In der Färberei- und Wäschebranche haben wir nicht so gut bei der Lohnbewegung abgefahren, speziell in den Betrieben, wo das Organisationsverhältnis noch ein schwaches ist. In der Weberei M. Wengers u. Söhne sind wegen Arbeitsmangels mehr als 60 Arbeiter entlassen und die Arbeitszeit ist auf 40 Stunden herabgesetzt worden. Unter den Entlassenen befanden sich Arbeiter, die schon jahrelang dort beschäftigt waren, jüngere und ledige Arbeiter sind an deren Stelle gesetzt worden. Die Firma hat unbilligerweise die Auswahl der zu Entlassenen den Meistern und Vorarbeitern überlassen und da möge manch einer dieser Herren ein Nachseufz verüben. Es wäre besser gewesen, wenn Herr Wengers das alleinige Bestimmungsrecht für sich behalten hätte. Wir glauben sicher zu sein, daß dann solche ungerechten Entlassungen nicht vorgekommen wären. Wir können nur den Rat geben, daß bei noch weiteren Betriebsbeschränkungen Herr Wengers mit seinem Fabrikantenschuß vorher verhandelt und selbst die Bestimmungen treffen; das Ansehen der Firma könnte dadurch nur gewinnen. — Die Stickerbranche, früher eine der blühendsten Branchen, liegt gänzlich darnieder, hier ist die Arbeitslosigkeit eine ganz enorme. In der Stricker- und Wirtereibranche war der Geschäftsgang bisher noch einigermaßen gut, jedoch wurde im neuen Jahre im Betrieb Lande die Arbeitszeit bis auf 35 Stunden pro Woche reduziert; hervorgehoben wurde hier besonders, daß man Arbeiter, welche 25 Jahre bei der Firma tätig sind, andeutete, daß man vor 25 Jahren ihre Arbeitskraft noch gebrauchen konnte, heute aber könnte man dieselbe entbehren. In der Weberbranche, speziell in der Teppichindustrie, war der Geschäftsgang auch ein sehr flauer. Verfügung der Arbeitszeit und abweichendes Aussehen konnten nicht verhindern, daß trotzdem noch Entlassungen stattfanden. Ein schönes Zeichen der Solidarität zeigten hier die Weber des Betriebes Benjamin, welche Sammlungen veranstalteten, um den Ausgesendeten noch pro Woche 12 Mk. zu der Arbeitslosenunterstützung zuzugahlen. In der Sakerbranche, einer der kleinsten Branchen, herrschte ein ziemlich reges Treiben. Die Beschäftigung ist infolge der Flugzeugfabrikation vermehrt worden. Die Posamentenbranche hatte in der Möbel- und Konfektionsbranche auch im verflohenen Jahre einen ungünstigen Geschäftsgang. Durch Annahme der letzten Militärvorlage war in der Militärbranche ein flottes Geschäftsgang. Die Krise, welche somit fast auf allen Branchen der Textilindustrie laftet, spiegelt sich auch in den Zahlen des Arbeitsnachweises wieder. Im Jahre 1913 meldeten sich 908 Arbeitsuchende, das sind 114 mehr als im Vorjahre. 462 offene Stellen wurden gemeldet, das sind 81 weniger als im Vorjahre. Befragt wurden 338 Stellen, 69 weniger als im Vorjahre. Der schlechte Geschäftsgang hat auch auf die Mitgliederzahl ungünstig eingewirkt und ist von 3709 auf 3363 zurückgegangen, trotz reger Agitation, woran sich besonders die Frauen-Agitationskommission recht rege beteiligte. — Nachdem die Diskussion über den Geschäftsbericht erledigt war, erriktete die Kollegin Martha G o p p e den Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission. Es folgte dann die Neuwahl der Ortsverwaltung. Im Amt bleiben der erste Vorsitzende G r u h l, der erste Kassierer S c h e i n und der zweite Kassierer W i n k e n. Gewählt wurden: als zweiter Vorsitzender Unger, als Schriftführer Kauerhof und Luise Külich, als Beisitzer Simon, Nachschüler und Auguste Zehbe, als Revisoren Depia, Liebing und Fiedler. In die Gewerkschaftskommission wurden wieder delegiert: Martha Goppe, Blum und Silberstein. Als Delegierte zu der am 1. März in Berlin stattfindenden Gaukonferenz des Gauess Brandenburg wurden gewählt: Herr Simon, Rob. Blum und Luise Külich.

Buchholz. (Vorsicht bei Abschluß von Lehrlingsverträgen!) In der jetzigen Zeit macht es vielen Eltern Kopfzerbrechen, ihre Jungen, die zu Ostern die Schule verlassen, unterzubringen. Viele freuen sich, daß sie endlich nach langen Jahren ihre Kinder so weit haben, daß diese auch einige Markt mitverdienen können. Mancher Wunsch der jungen Leute, dies oder jenes zu erlernen, muß unterdrückt werden, da die Notlage der Eltern gebietet nach Vermehrung der Einnahmen verlangt. Manches Talent geht dadurch verloren, denn mancher Schüler würde besser auf dem Lehrstuhl passen, und umgekehrt. Die Entwicklung der Lehrlingsverhältnisse hat sich der Entwicklung der Industrie anpassen müssen: die früheren handwerksmäßigen Lehrverhältnisse sind nun auch in die Fabriken übergeführt worden. Dort wird die Ausbildung aber meist den Werkführern oder Vorarbeitern übertragen. Diese Leute eignen sich aber nicht alle zur Ausbildung von Lehrlingen; wenn auch anerkannt werden soll, daß es sich die meisten angelegen sein lassen, den jungen Leuten etwas beizubringen, so gibt es aber doch auch Meister, denen das nötige geistige Rüstzeug dazu fehlt und die nun das Fehlende durch Prügel erzeugen wollen. In solchen Fällen werden den jungen Leuten die Lehrlingsjahre zur Qual und die besten Triebe werden in ihnen erstickt. Die Eltern, die Kinder in die Lehre bringen wollen, tun in jedem Fall gut, Erfindungen über diejenigen einzuziehen, denen der junge Mann zur Ausbildung anvertraut werden soll; denn wenn erst einmal der Vertrag unterschrieben und die Probezeit vorbei ist, dann ist es zu spät. Deshalb Vorsicht!

Burghardtsdorf. Sonnabend, den 31. Januar, fand unsere erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre statt. Die Versammlung war leblich besucht. Zu Punkt 1 (Geschäfts- und Kassenbericht) berichtete der Kassierer Aug. W a l d a u f. Seinem Bericht war zu entnehmen, daß das Jahr 1913 ein arbeitsreiches gewesen ist. Außer einigen kleinen Differenzen mit den Unternehmern hatten wir im Sommer eine Lohnbewegung. Verlangt wurden infolge der Lebensmittelpreiserhöhung 10 Proz. Lohn-erhöhung. Trotzdem der Geschäftsgang ein guter war, konnte nur wenig erreicht werden, da das Organisationsverhältnis noch sehr

zu wünschen übrig läßt. Es wurden auch zwei Hausagitationen veranstaltet, wodurch circa 40 Mitglieder gewonnen wurden. Auch wurden zwei Lichtbildervorträge veranstaltet, ferner auch ein Tanzvergnügen. Die Einnahme betrug an Marken und Eintrittsgeld 9791,41 M., an sonstigen Einnahmen 100,31 M., zusammen 9891,72 M. Die Ausgaben betrugen u. a. an die Hauptkasse 6293,78 M., für Krankenunterstützung 1154,80 M., für Arbeitslosenunterstützung 286,40 M., für Sterbeunterstützung 15 M., für Reiseunterstützung 18,80 M. usw. Der Lokalfestbestand erhöhte sich um 617,98 M., so daß derselbe am Schluß des Jahres 1913 3310,55 M. betrug. Der Mitgliederbestand war am Anfang des Jahres 404, am Schluß des Jahres 546. Zu bemerken ist, daß am 1. Juli der Ort Kemtau mit 80 Mitgliedern, welcher früher zu Eintriedel gehörte, uns angeschlossen wurde. Zur Arbeiterinnenkonferenz wurden zwei Kolleginnen gewählt. Zur Gaukonferenz wurde der Vorsitzende sowie der erste Schriftführer gewählt. Zur Generalversammlung wurden als Kandidaten nominiert: Aug. Waldauf und Th. Görner. Unter „Verschiedenes“ wurde noch beschlossen, im Frühjahr einen Ausflug zu unternehmen. — Mit der Aufforderung, die Versammlungen immer gut zu besuchen und an der Organisationsarbeit teilzunehmen, damit wir am Jahresluß wieder einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Chemnitz. Wenn Sie nicht bei Fr. ausziehen, bekommen Sie in 14 Tagen Feiertag. Diese Ankündigung wurde einem jungen Arbeiter von einem Meister in der Sächsischen Kunstseidenweberei, hier, Moristr. 45, zuteil. Dabei bekam er die Bemerkung zu hören, daß sein Wirt organisiert sei. Da aber der betreffende Arbeiter seine Schlafstelle nicht aufgab, wurde ihm am nächsten Lohntage gekündigt. Es wird immer toller. Nicht organisiert sein soll der Arbeiter, er soll auch nicht einmal bei einem Organisierten wohnen. Und gegen den „Terrorismus“ der Arbeiter wettet man, während sie gar keinen Terrorismus üben, sondern erleiden. Die Parole müßte bald für die Ordnungshüter sein: Schutz der Arbeiter vor Terrorismus!

Crimmitschau. Mittwoch, den 28. Januar, hielt unsere Filiale ihre erste Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder. Sodann gab der Kassierer seinen Bericht. Die Einnahmen betrugen 22951,66 M., die Ausgaben 19783,57 M., bleibt ein Kassenbestand von 3168,09 M. Der Mitgliederbestand ergibt ein Mehr von 64 weiblichen und 16 männlichen Mitgliedern. Bei Stellungnahme zur Gaukonferenz begründete Kollege Fritz Schulze die zu stellenden Anträge, welchen auch die Versammlung restlos zustimmte. Als Delegierte wurden zwei Kollegen und eine Kollegin gewählt. Unter Umfrage wurden noch verschiedene Sachen besprochen. Zu wünschen wäre noch, daß sich unsere Mitglieder besser an den Versammlungen beteiligten und etwas mehr Interesse an dem Verbandleben zeigten, denn nur die Versammlungen sind für die Mitglieder geeignet, sich gegenseitig auszusprechen. Darum ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, die Mitgliederversammlungen zu besuchen.

Geher. Die Generalversammlung am 31. Januar war schwach besucht. Der Vorsitzende forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, in den höheren Beitragsklassen zu steuern, um dadurch die Finanzkraft sowie die Macht des Verbandes überhaupt zu heben. Zu der Arbeiterinnenkonferenz am 8. Februar in Chemnitz wurde eine Kollegin delegiert. Die Agitation soll in nächster Zeit noch besser und energischer betrieben werden. Geschlossen wurde, für die Wirkwarenfabrik der Firma Reinhard Kutsch eine Betriebsversammlung abzuhalten. Im Kartellbericht sowie in der Diskussion hierzu wurden hauptsächlich Krankentassenangelegenheiten erörtert. Vor dem Punkte „Neuwahl“ machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß am 22. Januar acht Jahre verfloßen sind, seit die hiesige Filiale gegründet worden ist. Von den Gründern sind gegenwärtig noch drei Kollegen Mitglieder unseres Verbandes. In diesem acht Jahre wurden an Unterstützungen ausbezahlt: Arbeitslosenunterstützung 655,45 M. (seit 1. Januar 1909), Krankenunterstützung 466,93 M., Sterbeunterstützung 20 M., Reiseunterstützung 18,20 M., Umzugsunterstützung 50 M., Gemahregeltenunterstützung 636,87 M. In diesen Zahlen ist die Lokalunterstützung nicht mitinbegriffen. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 80. Bei der nun folgenden Wahl des ersten Bevollmächtigten erklärte Kollege Kepmann, daß er dieses Amt wegen Ueberlastung nicht wieder annehmen könne. An seiner Stelle wurde ein anderer Kollege gewählt. Auch die übrigen Wahlen gingen glatt vonstatten. Als Entschädigung wurden dem Vorsitzenden für das vergangene Jahr 30 M. bewilligt. Betreffs der Bibliothek soll an den Zentralvorstand eine Anfrage gerichtet werden.

M.-Glabach-Rheydt. Die am 25. Januar abgehaltene Generalversammlung wies im Gegensatz zu den im vorhergehenden Jahre abgehaltenen Versammlungen einen schlechten Besuch auf. Es fehlten aus den Bezirken: Giesfeldchen 1, Obentrichen-Wulfort-Geitenbeck 5, Rheydt-Untergeneien 2, Rheydt-Innere Stadt 6, Rheydt-Hohenberg 3, Rheydt-Lipp 5, Rheydt-Morr-Pong 6, M.-Glabach-Rohrend 4, M.-Glabach-Gardterbroich 10, M.-Glabach-Waldhufen 6, M.-Glabach-Blumenberg-Holt 3, M.-Glabach-Eilen-Neuwerk-Vertrath 5 und vom Bezirk Hermges-Dahl-Dhler 2 Delegierte. Die Tagesordnung sah außer Rechnungslegung vom 4. Quartal 1913 und Stellungnahme zur Gaukonferenz noch den Jahresbericht vor. Letzterem ist zu entnehmen, daß das Jahr 1913 in wirtschaftlicher Beziehung auf keinen Fall als günstig bezeichnet werden kann. Wohl mag zugegeben werden, daß in den ersten 4 Monaten des verfloßenen Jahres noch ein ziemlich guter Geschäftsgang vorhanden war und daß auch die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in den Baumwollspinnereien beschäftigt sind, nicht so hart von der Krise betroffen wurden, wie die Arbeiterschaft anderer Branchen innerhalb der Textilindustrie. Besonders im letzten Halbjahr ist die Krise stark in Erscheinung getreten. Eine Umfrage von der Organisation ergab, daß von 5547 erfaßten Webstühlen 839 oder 15,13 Proz. leerstanden. — Die Zahl der Zusammenkünfte, in denen über wirtschaftliche Fragen und über Verbandsangelegenheiten beraten wurde, betrug 536. — Bezüglich des Versammlungsbesuchs, soweit Fabrikversammlungen in Frage kommen, äußert sich der Bericht nicht günstig. In sehr vielen Fällen haben unsere Kollegen nicht den nötigen Mut und die Kraft besessen, dafür zu agitieren, daß auch diese Veranstaltungen gut besucht wurden. Besser sieht es mit dem Besuch der Delegierten-Generalversammlung aus. Oftmals konnten wir im Laufe des Jahres vernehmen, daß die Kollegenschaft sich lobend über dieses System ausgesprochen hat. Durchschnittlich besuchten 70,59 Proz. der Delegierten diese Versammlungen. — Nicht so lobend spricht sich der Bericht über die Mitarbeit der Delegierten in den einzelnen Bezirken aus. — Meistlich liegen die Verhältnisse mit der Ausführung der Lohnstatistiken. Die meisten Kollegen verfahren immer noch den Wert einer guten und einwandfreien Statistik. — Eine Reihe von Lohnbewegungen fanden gleichfalls innerhalb der Berichtszeit statt. Zu besonderen interessiert der Unbescheid bei der Firma Görz und Kirck. Auch da zeigte es sich, daß auch in der schlechten Konjunktur sich etwas erreichen läßt, wenn die Arbeiterschaft geschlossen dasteht. Durch den Färbereistreik in Krefeld wurden ebenfalls zwei Betriebe aus dem hiesigen Bezirk in Mitleidenschaft gezogen. In frischer Erinnerung ist noch das verätherische Verhalten des christlichen Textilarbeiterverbandes während dieses Kampfes. Aber nicht nur der christliche Textilarbeiterverband, sondern auch der städtische Arbeitsnachweis in M.-Glabach war bemüht, Erbschaften nach Krefeld zu vermitteln. Aus all diesen Vorgängen ist es erklärlich, daß die Sache der Arbeiter nicht gefördert wurde. Wohl wird von Seiten des christlichen Textilarbeiterverbandes aller Welt verübelt, daß im Rheinland, wo der christliche Verband sein Domizil aufgeschlagen hat, die Löhne wesentlich höher seien als in anderen Distrikten Deutschlands. Mit Vorliebe wird da immer Sachsen, Norddeutschland und Schlefien angeführt. Da sei der Deutsche Textilarbeiterverband maßgebend,

und dieser habe nicht das Bestreben, die Lage der Arbeiterschaft zu heben. Wie steht es aber damit in Wirklichkeit? Beispielsweise betrug die Steigerung der Löhne vom Jahre 1888 bis 1911 in Norddeutschland 58 Proz., in Sachsen 53 Proz., in Schlefien 50 Proz. und Rheinland 43 Proz. Das Rheinland steht demnach weit hinter dem freigewerkschaftlichen Sachsen und Norddeutschland zurück. — Decken sich einerseits die Ausgaben der Lokalfasse mit denen des Vorjahres, so zeigen aber die Ausgaben für die Hauptkasse eine wesentliche Steigerung. Es wurden verausgabt u. a. im Jahre 1913: An Krankenunterstützung 4410,60 (im Jahre 1912 3919,70) M., an Arbeitslosenunterstützung 1454,70 (555,70) M., an Sterbeunterstützung 88 (162) M., an Reiseunterstützung 813,43 (467,22) M., an Streifenunterstützung 2589,65 (1619,83) M., an Gemahregeltenunterstützung 1284,10 (294,10) M., für Rechtschutz 401,10 (56,10) M., an Umzugsunterstützung 76,59 (73,90) M. Die Beitragsleistung beträgt pro Mitglied und Quartal 10,98 M. Ferner ist erfreulich, daß eine größere Zahl von Mitgliedern gegenüber dem Vorjahre in die höheren Beitragsklassen absteigen. Nicht so erfreulich ist die Mitgliederbewegung. Sie weist eine starke Fluktuation auf. Mag dieses zum Teil auf die herrschende Krise zurückzuführen sein, so steht aber auch andererseits fest, daß von Seiten der Vertrauenspersonen in dieser Sache mehr als bisher gearbeitet werden muß. — Zu der am 29. März in Krefeld stattfindenden Gaukonferenz wurden besondere Anträge gestellt und zwei Delegierte gewählt.

Hamburg. Am 29. und 30. Februar fanden in Schiffbek und Harburg Mitgliederversammlungen statt, in denen der Kollege Wagner aus Triebes bei Gera über: „Die Herstellung und Verbreitung der Jutegepinne“ einen hochinteressanten Vortrag hielt. Bei dem großen Wert, den solche fachtechnischen Vorträge für die Kollegen und Kolleginnen haben, ist es verwunderlich, daß trotz genügender vorheriger Bekanntmachung die Versammlungen unter äußerst schwachem Besuch zu leiden hatten, besonders ist das in Schiffbek der Fall gewesen. Der Versammlungsbefuch ließ in letzter Zeit überhaupt sehr viel zu wünschen übrig. Hoffen wir, daß diese Zeiten dazu beitragen, die säumigen Mitglieder aus ihrer lethargie aufzurütteln.

Kiel. Schon seit langer Zeit hat man aus unserer in Schleswig-Holstein am weitesten vorgehobenen Zahlstelle nichts gehört. Freilich ist unsere Textilindustrie auch nicht sehr bedeutend: drei Laufabriken in den Vororten und einige Posamentengeschäfte in der Stadt machen die ganze Textilindustrie aus. Damit sei den jüngeren Kollegen im Reiche gleich ein Fingerzeig gegeben, keine Hoffnungen in bezug auf Arbeit im Beruf auf Kiel zu setzen. Seit dem verunglückten Streik der Posamentierer im Jahre 1910 trat eine Stagnation ein, die es mit sich brachte, daß Anfang 1912 nur noch etwa 17 Mitglieder vorhanden waren. Von da an setzte mit Hilfe einiger zugereister Kollegen eine etwas lebhaftere Bewegung ein, so daß vom Herbst 1912 ab wieder regelmäßige Mitgliederversammlungen abgehalten werden konnten und die Mitgliederzahl Ende 1913 35 männliche und 22 weibliche betrug. Freilich ist das knapp der vierte Teil der in der Textilindustrie beschäftigten Personen, aber es hält schwer, die dort Beschäftigten für die Organisation zu gewinnen. Nicht etwa, weil die Bezahlung eine so gute ist, so daß sie glauben könnten, eine Organisation nicht zu brauchen. Im Gegenteil, angesichts der teuren Kieler Verhältnisse sind die Löhne alles andere als rosig zu nennen. In der Drahtseilerei sind die Löhne 42, 44, 46, 48, höchstens 50 Pf. die Stunde, in der Seilerei haben die ungelerten Arbeiter einen Anfangslohn von 33 Pf. pro Stunde. Derselbe steigt bis 40 Pf., d. h. wenn die Arbeiter es so lange aushalten. Die Receptfläger erhalten 46, 50, in Ausnahmefällen bis zu 60 Pf. die Stunde. Viel schlimmer sieht es mit den Arbeiterinnen der Laufabriken: Der Anfangslohn ist 10 M., der dann auf 11, 12, 13 bis höchstens 15 M. steigt. Diesen „Kieleslohn“ erhalten aber nur ganz vereinzelte Arbeiterinnen, weil die meisten es vorziehen, bald nach Eintritt in die Betriebe wieder zu verschwinden. Es ist also ein sehr großer Wechsel, der die Agitation für die Organisation außerordentlich erschwert. Diejenigen Arbeiterinnen aber, die es fertig bringen, länger dazubleiben, sind aus anderen Gründen organisationsfeindlich, so daß die veranstalteten Betriebsversammlungen wenig Erfolg gebracht haben. Dazu kommt aber noch, daß in den Laufabriken drei, vier Organisationen vertreten sind: Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Transportarbeiter und schließlich auch der Textilarbeiterverband. Daß bei einer solchen Zersplitterung und schwachen Organisation nicht daran zu denken ist, einen Tarif abzuschließen, ist erklärlich. Vor einigen Jahren versuchten die Arbeiter, ohne Hilfe der Organisation die Besitzer der Laufabriken zum Abschluß eines Tarifes, d. h. mindestens zur Festsetzung von nicht der Willkür der Unternehmer liegenden Löhnen zu bewegen. Vergebens. Der eine lehnte strikte ab, der andere zerrückte den Tarif mit den Worten: „Machen wir!“, vom dritten lief wohl überhaupt keine Antwort ein. „Erreicht“ wurde nur, daß den Arbeitern versprochen, aber nicht gehalten wurde, alle zwei Jahre — 1 P e n n i g zuzulegen. Daß sich die Arbeiter alles gefallen lassen, geht daraus hervor, daß z. B. im Oktober 1913 bei dem Jubiläumsummel für einen halben Tag geschlossen wurde, ohne daß natürlich der halbe Tag bezahlt wurde. In den Posamentereien werden Löhne von 50—56 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit gezahlt; freilich die Arbeiterinnen werden mit nur 6 bis 9 M. pro Woche abgelohnt. Wenn sie dann „ausgelernt“ haben, sind sie auch meist wieder draußen oder sie arbeiten „für ein paar Mark“ mehr, kümmern sich aber nicht um den Verband, weil sie fast alle (das trifft auf fast alle Arbeiterinnen zu) einen „Mariner“ sich ausserfordern haben. Denn was anderwärts das „bunte“ Tuch, bedeutet bei uns das „Blaue“. — In den Färbereien ist es nicht besser. Die Färber erhalten bei zehnstündiger Arbeitszeit 20 bis 27 M. die Woche, aber für die Organisation haben sie nichts übrig. Es ist also ein äußerst schwieriges Feld, das hier zu bearbeiten ist. Dazu kommt noch der schwerfällige Charakter der Schleswig-Holsteiner, der schwer für etwas zu begeistern ist, allerdings dann auch feilt hält an dem, was er erfaßt hat. Die Versuche, für die weiblichen Mitglieder Les- oder Bildungsabende einzuführen, scheiterten gleichfalls an der Gleichgültigkeit der Mitglieder. Immerhin muß ruhig weitergearbeitet werden, wenn auch der Erfolg immer nur ein minimaler ist. Schließlich können wir doch noch erreichen, daß wir mit Hilfe unserer Organisation den Arbeitern besonders in den Laufabriken bessere Lohnverhältnisse erringen. In der letzten Generalversammlung wurde wieder O. Fröhlich, Kronsfagener Weg 46, als Vorsitzender und Kassierer gewählt. An seine Wahl schloß sich die eines Stellvertreters, eines Schriftführers und zweier Revisoren.

Lambrecht. Wie den Herren Tuchfabrikanten und insbesondere der Firma J. A. Marx noch erinnernlich sein dürfte, wurde auf Anraten der Fabrikanten in einer Kommissionsführung von den Arbeitern versprochen, zukünftig nicht alle Mißverhältnisse in die Öffentlichkeit zu ziehen, sondern mehr Rücksicht zu üben und im stillen zu schlichten. Aber dieses Versprechen hat seinen Zweck verfehlt, besonders bei der Firma Marx, die fortwährend Ursachen zum Aufruhr gibt. Alle Vorstellungen des Arbeitersauschusses sind bisher reultatlos verlaufen: die Mißverhältnisse innerhalb der ohnehin schon weit und breit berühmten Firma treten von Tag zu Tag krasser ans Licht und fordern die dort beschäftigten Arbeiter und deren Organisation geradezu heraus. Der Weberkassierer, Herr Kohlheim, begann seine Tätigkeit bei dieser Firma vor circa 14 Jahren. Die Verhältnisse zwischen Firma und Arbeitern waren vor seinem Erscheinen zufriedenstellende. Es war Ruhe, und die Weber verdienten noch ihren Großlohn. Aber seit dieser Zeit haben sich die Verhältnisse kolossal geändert. Die Arbeiter sind immer schlechter geworden und die Wochenverdienste gesunken. Alle Weber verdienen Wochenlöhne von 14, 16 M., gewiß bei den heutigen Feuerungsverhältnissen ein „horrender“ Verdienst. Reklamationen bei dem Leiter werden kurzzerhand zurückgewiesen, obwohl sich der Herr nicht bemüht, die Arbeit

zu untersuchen und zu prüfen. Dem Arbeitern, die mitunter weit länger in dem Betriebe sind, als er selbst, wird kurzerhand erklärt: „Wenn es nicht paßt, der kann gehen!“ Der Herr führt ein sehr strenges Regiment. Strafen aller Art, durch die die „hohen“ Arbeiterlöhne noch weiter verkürzt werden, wurden unter seinem Regiment eingeführt.

Dem jungliberalen Herrn Kohlheim raten wir, dafür zu sorgen, daß ein halbwegs anständiges Material in Verarbeitung gegeben wird; daß an Stelle der vielen unzuverlässigen Kinder in der Spinnerei auch Männer zur Aufsicht gestellt werden; daß die Keimerei, die eigentliche Seele der Weberei, eine ordentliche wird; daß dem Weber ordentliche und gleichmäßige Schützen gegeben werden können, damit die armen Leute etwas mehr verdienen; daß die Arbeiter nicht durch die ohne Sicherung laufenden Treibern ständig der Todesgefahr ausgesetzt sind; daß der Fahrstuhl für die Nacht seine Beleuchtung erhält und dergl. mehr. (Obige Mißstände treffen teilweise auch auf andere Firmen zu, und bitten wir auch dort um Abstellung derselben.)

Landenberg a. W. Am 20. Januar cr. hielt unsere Filiale ihre Generalversammlung ab. Koll. Korn gab den Kassenbericht vom vierten Quartal 1913. Derselbe balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 3601,84 M. An Neuaufnahmen waren 29 zu verzeichnen. Kollege Korn wurde hierauf einstimmig entlastet. Beim Jahresbericht gab Koll. Korn zunächst ein umfassendes Bild von den Veranstaltungen der Filiale im verfloßenen Jahre. Danach haben stattgefunden: 54 Versammlungen, Sitzungen, Konferenzen usw., sowie zwei größere Hausagitationen. Neu aufgenommen wurden 73 Mitglieder, während 40 Mitglieder zureiten und 8 Mitglieder zu uns übertraten. An Krankenunterstützung leistete die Filiale an 88 Männer und 124 Frauen für 4993 Krankentage die Summe von 2324,90 M. In 13 arbeitslose Männer und 6 Frauen wurden für 380 Arbeitsloftentage 333,80 M. gezahlt. 31 reisende Mitglieder erhielten für 11 052 Kilometer 239,43 M. für Streiks wurden 43,20, für Sterbeunterstützung 86,00 und für Notfallunterstützung 40,— M. verausgabt. Die Jahreseinnahmen und -ausgaben balanzieren mit 13 117,28 M. und beträgt der Kassenbestand 677,84 M. Der Geschäftsführer wandte sich dann den Krankheiten zu, von denen wieder, wie im vorigen Jahre, 21 verschiedene Arten vorgekommen waren. Den Löwenanteil daran hätten wieder Lungen- und Luftröhrenkrankheiten und vor allen Dingen Magen- und Darmkrankheiten. Nach Ansicht des Referenten hängt das eng mit der intensiven Ausbeutung, der großen Unterernährung sowie dem Wohnungselend zusammen. Von der intensiven Ausbeutung lege auch die erschreckend hohe Zahl der Unfälle Zeugnis ab. Leider sei die Gleichgültigkeit der Landenberger Arbeiterschaft eine zu große, als daß man in naher Zeit mit einer Änderung dieser Verhältnisse rechnen könne. Der Unternehmer- und Angestelltenwillkür seien dadurch Tür und Tor geöffnet, wie der Referent an verschiedenen Beispielen aus der letzten Zeit, namentlich auch aus den hiesigen Rektbetrieben, zeigte. Wenn wir auch in einem Betriebe im vergangenen Jahre einige kleine Vorteile errungen hätten, so dürfe die Arbeiterschaft in ihrem Bemühen, sich bessere Verhältnisse zu erringen, nie erlahmen, denn schon wieder seien die gefährlichen Scharfmacher in Deutschland an der Arbeit, um die Arbeiterschaft noch mehr zu knebeln. — Darauf wurden die Wahlen zur Geschäftskommission vorgenommen.

Leipzig. In der am 17. Januar abgehaltenen Quartalsversammlung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Gewerkschaftskollegen Richard Behner in der üblichen Weise geehrt. — Aus dem vom Kollegen Philipp vortragenen Geschäftsbericht vom 4. Quartal 1913 ist zu entnehmen, daß die Hauptkasse mit einer Einnahme von 9113,48 M. und einer Ausgabe von 4350,15 M. bilanziert. Die Lokalfasse verzeichnet eine Einnahme von 6405,28 M. und eine Ausgabe von 3297,70 M. Es verbleibt somit für die Lokalfasse ein Bestand von 3297,70 M. Unter der Ausgabe der Lokalfasse befindet sich ein Posten von 300 M., der dem Gewerkschaftskartell zur Unterstützung Arbeitsloser zur Verfügung gestellt wurde. Kollege Philipp weist darauf hin, daß auf der einen Seite der durchschnittliche Markenumsatz zurückgegangen, andererseits die Zahl der in höheren Klassen Zahlenden gestiegen ist. Mit dem Wunsche, daß letzteres anhalten und der durchschnittliche Markenumsatz mit der abflauenden Wirtschaftskrise wieder steigen möge, schließt er seinen Bericht. — Die Aufgaben der nächsten Generalversammlung lautete das Thema, welches Kollege Panzer der gutbesuchten Versammlung vortrug. Er hob mit Genugtuung hervor, daß auch die diesjährige Tagung unseres Verbandes einen erheblichen Fortschritt in der praktischen und theoretischen Ausbildung unserer Mitglieder machen wird. Leider müsse gesagt werden, daß die tiefere Einsicht und Erkenntnis bei Anordnungen und taktischen Maßnahmen für Streiks und Lohnbewegungen einem großen Teil unserer Mitglieder noch fehlt, was immer noch unangenehme Erscheinungen zeitigt, die darin bestehen, daß es die Masse nicht verstehen kann, wenn Streiks, Lohnbewegungen oder andere wichtige Vorstöße gegen das Unternehmertum, die bei oberflächlicher Betrachtung Erfolg versprechen, von der in Frage kommenden Leitung einfach nicht bewilligt werden. — Im Anschluß hieran beschäftigte sich der Redner mit dem neuzugrundeten Reichsausschusses. Auch hier zeigte sich wieder, daß der Grundgedanke dieses Antrages zwar eine Erweiterung der Rechte der Masse vorsieht, nicht aber die Gewähr dafür bietet, daß die Mitglieder des Aktionsausschusses über das nötige Material verfügen, was erst eine richtige Beurteilung von Anordnungen ermöglichen könnte. Abgesehen von den finanziellen Schwierigkeiten, ist es für den einzelnen dieser Korporation auch unmöglich, einen so ungeheuren Wust von Material geistig zu verarbeiten. Das trifft besonders zu, wenn Verbandsbeamte zu diesem Posten nicht wählbar sind. Gerade die Geschäftsführer stehen mit dem größten Teil der Kollegenschaft in Verbindung. Wenn auf der Generalversammlung 1910 in Berlin eine Resolutionsstelle zu schaffen ist, welche die Vorgänge auf dem Wirtschaftsmarkt unausgesetzt zu beobachten und den Kollegen im Lande über die Ergebnisse ihrer Arbeit ständig zu berichten hat, damit sie bei Lohnbewegungen ihre Taktik den jeweiligen Konjunkturverhältnissen gut anpassen vermögen, so sei es Pflicht, über diese Neueinrichtung genügend Aufklärung zu schaffen. Hat die Masse erst einmal ein besseres Verständnis für die Vorgänge und bezwickten Erscheinungen des Wirtschaftsmarktes, dann wird sie auch ein besseres Verständnis für die taktischen Anordnungen und Maßnahmen des Zentralvorstandes haben, dann wird sie auch zu der Einsicht kommen, daß der Reichsausschusses zu denselben Ergebnissen kommen wird wie die heutigen verantwortlichen Stellen. Obwohl er (Redner) auf der letzten Gauversammlung für Gründung dieses Ausschusses gewesen sei, habe er doch durch die Zeitungsausschnitterungen die obige Ansicht gewonnen. — Zum Schluß schildert er noch die verschiedensten Nachteile unserer bestehenden getauften Beitragszahlung. — Diesem mit Beifall ausgenommenen Vortrag folgte eine sehr rege Diskussion. Kollege Hermannsdorf wünscht unter Zustimmung der Versammlung die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband und warnt vor der Einführung einheitlicher Beiträge, die zwei Kollegen zum Vorschlag brachten. — Ganz besonders sei hervorzuheben, daß alle Diskussionsredner mit der Meinung des Referenten zum Aktionsausschusses einverstanden waren. — Im Verschiedenen wurde angefragt, ob sich das Gerücht bewahrheitete, daß die Filialeleitung die Gründung einer Jugendsektion beabsichtige. Die Frage wurde verneint und auf die am Orte bestehende Jugendorganisation verwiesen.

Lublin. (Lublinitzer Paradies.) Ueber die Verhältnisse in der Kammerpinnerei Motte, Melleauxer Söhne ist schon öfter berichtet worden, aber alle Klagen der Arbeiterschaft sind bis jetzt unberücksichtigt geblieben, so daß man annehmen muß, die Firma sei mit den Praktiken des Direktors Geis einverstanden. Bei der Inventur muß sich wohl ein ziemliches Defizit herausgestellt haben. Der Direktor Geis schiebt die Schuld an diesem

Defizit der Beamten in die Schuhe. Zu einem Meister sagte er direkt, er sei schuld an dem Defizit. Ein anderes Mal sagte er zu demselben Meister, er kenne schon die Wustfänger, die dem Geschäft das Blut ausaugen, er habe sie alle auf einer Liste. Die Arbeiter wissen aber besser, wer schuld an dem Defizit ist. Erstens ist es der ganz ungewöhnlich starke Wechsel der gelernten Arbeitskräfte. Es sind in kurzer Zeit Tausende von Mann hinausgeworfen worden, um diese Kräfte heranzuzuführen. Dieselben wurden aber nach kurzer Zeit meistens ohne Veranlassung, nur weil es der Laune des Herrn Geis so gefiel, wieder mit Weib und Kind auf die Straße gesetzt. Mittellos mühten fast alle ihre sauer erworbenen Möbel zu verkaufen, um wieder fortzukommen. Mit den Beamten verfährt Herr Geis auf dieselbe Weise. Herr Geis will allen ihm Unterstellten Vorschriften für ihr Verhalten auch außerhalb des Betriebes machen. Zum Beispiel einen Hilfsmeister läßt er in seine Villa kommen, hält ihm dort eine Predigt darüber, wie er seine Kinder erziehen soll — seine Tochter solle sich nicht so kleiden wie ein Grafentochterchen, solle die Gedanken mehr auf die Arbeit haben wie auf den Ballsaal — und so weiter. Was geht dies alles Herrn Geis an? Einen Arbeiter läßt er aufs Kontor kommen, fragt ihn: „Waren Sie gestern Abend in der Stadt?“ Arbeiter: „Ja, ich habe Sie ja begrüßt.“ Das Gespräch klang dann auf Seiten des Herrn Geis in der Behauptung aus, der Arbeiter sei angeheitert gewesen. Nach 10 Minuten kommt der Meister zu dem Arbeiter und sagt: „Sie sollen sofort aufhören; Frau und Schwägerin wird auch gefährdet.“ Der Arbeiter war einer der ältesten im Betriebe. So ist es schon sehr vielen Familien ergangen. Meister und Spinner, die Hunderte von Mann für Fahrt gestofst haben, werden nach kurzer Zeit wieder entlassen oder gehen von selbst, weil es einem charaktervollen Menschen nicht möglich ist, die Launen des Herrn Geis zu ertragen. Das ist der erste Grund für das Defizit. Der zweite ist die unpraktische Disponierung über die Aufträge. Es kommt oft vor, daß eine Partie zwei, drei, vier mal aufgestellt und wieder abgerufen werden muß. Jeder Fachmann weiß, daß ein solches Verfahren viel Zeit und Mühe kostet und dem Geschäft nichts einbringt. Ein Rosten Kette wurde gesponnen, versandt, kam zurück, wurde gespult, wieder versandt, kam als unbrauchbar zurück, wurde wieder umgespult und dann gewirnt. Daß bei einem solchen Geschäft die Spesen den Wert des Garns aufwiegen, ist wohl jedem klar, der etwas vom Geschäft versteht. Wenn Meister auf das Unpraktische des Disponierens aufmerksam machen, wird ihnen gesagt: „Hier wird gearbeitet, wie ich es haben will, und nicht, wie die Meister wollen.“ Wie kann denn da ein vernünftiger Mensch die Schuld an einem Defizit den Meistern in die Schuhe schieben wollen? In den meisten Betrieben hat man für Kamelhaar immer einige Maschinen, die diese Ware immer machen, hier ist das nicht der Fall; heute geht alles auf Kamelhaar und morgen alles auf Cops, und so geht es weiter. Daß durch ein solch unvernünftiges Verfahren die Maschinen ruiniert und die Produktion ungenügend beeinflusst wird, weiß jeder Spinnereifachmann. Wer unter solchen Verhältnissen schuld an dem Defizit ist, kann sich jeder selbst beantworten.

Mittweida. Die Filiale Mittweida feierte am 24. und 25. Januar im großen Saale des „Schützenhauses“ ihr 20-jähriges Bestehen. Das Fest wurde eingeleitet mit einem Kunstabend. Mitwirkende waren das Städtische Orchester, der Gesangsverein „Freie Sänger“, Mittweida, der Turnverein „Jahn“, Mittweida, und der Rezitator und Lautenspieler Emil Kühne, Berlin. Das Programm wies durchweg gute Darbietungen auf. Von den Musikstücken lösten besonders zwei Solo-Streichquartette: „Osterhymne“, von Rastbach, aus dem 16. Jahrhundert, und „Der Tod und das Mädchen“, von Schubert, die sehr feinsinnig zu Gehör gebracht wurden, großen Beifall aus. Recht erheben war auch der „Festgesang“ von Scheu, mit Orchesterbegleitung, und „Welterfriede“ von Uthmann. Diese beiden wichtigen Kompositionen stellten an die Sänger hohe Anforderungen, denen aber der Sängerkorps vollkommen gewachsen war. Die Turner erzeuften das Publikum durch einige erst ausgeführte Gruppenübungen. Mit: ersten, und heiteren Dichtungen und mitunter recht lustigen alten Volksliedern wartete der Rezitator und Lautenspieler Emil Kühne, Berlin, auf. Seine wahrhaft künstlerisch dargebotenen Vorträge riefen bei der aufmerksamen Zuhörerschaft wahre Beifallsstürme hervor, und er mußte sich zu einigen Zugaben bequemen. Die Festspreche hatte der Vorsitzende der Filiale, Kollege Julius Lehmann, übernommen. In seinen zirka einhalbstündigen Ausführungen entrollte er ein Bild von der Bewegung und dem stetigen Vorwärtsschreiten unserer Organisation im allgemeinen und der Filiale im besonderen. Auch schilderte er, welchen Schikanierungen und Verfolgungen die Gewerkschaften durch die Behörden und die Regierung immer ausgegesetzt waren und noch heute sind. Er ermunterte die zahlreich Anwesenden zu treuem Aushalten in der Organisation und zu reger Mitarbeit für dieselbe. — Die Festteilnehmer waren von all dem Gebotenen hochbefriedigt. Den Sorgen des Alltagslebens waren die Mittweidaer Textilproletarier auf einige Stunden entriickt worden. Hoffentlich hat auch der Abend mit dazu beigetragen, neue Kampfbereitschaft in den Herzen der organisierten Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu wecken. — Am darauffolgenden Sonntag war für die Langzünftigen Wall angelegt, der sich auch großen Zuspruchs zu erfreuen hatte.

Reigersdorf. In den hiesigen Webereien ist schon seit langer Zeit ein schlechter Geschäftsgang zu verzeichnen. So müssen z. B. bei der Firma C. G. Hoffmann die Weber bis zu sechs Arbeitstagen auf eine Kette warten. Die Weber, welche nun an zwei Stühlen arbeiten, haben wochenlang bloß auf einem Stuhl eine Kette, erhalten aber nur denselben Stücklohn, wie wenn sie auf beiden Stühlen arbeiten würden. Die anderen Berufe, wie Scherer, Spuler, Treiber usw., müssen tagelang aussetzen, und an den Sonntagen ruht der Betrieb überhaupt. Ähnlich wie bei der Firma C. G. Hoffmann ist es bei der Firma J. G. Kippel. Bei der Firma Kreutziger u. Henke in Reigersdorf wird auch die Praxis geübt, die Weber nur auf einem Stuhl arbeiten zu lassen, ihnen aber auch nur den Doppelstühllohn zu zahlen. — Ein mäßiger Aufschwung ist bei der Orleansbranche bei Herrn Herzog u. Co. zu verzeichnen. Dort wurde bis jetzt Montags und Sonnabends ausgelegt, was jedoch in Wegfall gekommen ist. Bei dieser Firma erhielten die Weber, wenn sie bloß an einem Stuhl arbeiteten, den Lohn ohne Abzug. Dieses Beispiel sollte von allen anderen Firmen befolgt werden, es wäre nicht mehr als gerecht. Wo es aber nicht geschieht, da sollten die sogenannten vaterländischen Unterstützungsvereine ihren Einfluß dafür geltend machen, nicht aber den Budget krümmen. Wer die Arbeiter schaltet und so ihre Aktionsfähigkeit schwächt, muß dies wieder wettzumachen suchen, wenn er nicht als Arbeiterfeind und als sein eigener Feind angesehen sein will. Was tut aber die Leitung eines solchen Vereins? Sie ließ ihre Mitglieder am 10. Februar in den Mond guden. Wir glauben, sie haben jetzt schon so oft in den Mond guden müssen, daß es dazu nicht noch einer besonderen Veranstaltung bedürft hätte. Oder glaubt die Leitung, den jetzt so ausgehungerten Textilklaven den Weg über den Mond zum Himmel zeigen zu müssen; denn lange kann es ja nicht mehr dauern, dann sind einzelne buchstäblich verhungert. — Im zweiten Teil wurde den Mitgliedern dann eine Reise um die Welt gezeigt. Dabei konnten sie sehen, welche schönen Plätze von ihnen werden „auf e-reordentlichen“ Mitgliedern in Wirklichkeit aufgeschützt werden können, weil sie das nötige Kleingeld aus dem von der Arbeiterschaft geschaffenen Mehrwert mitnehmen können. Wir schlagen der Vereinsleitung vor, in nächster Zeit einmal zu zeigen, wie die hiesigen Millionäre entstanden sind. Doch davon wird man nichts hören; das wird man uns wohl überlassen. Uns wird man es wohl auch überlassen, nachzuweisen, daß manche Wohlhabenden nur in Wohlthätigkeit machen können, weil sie es aus dem ff verstehen, ihren Arbeitern immer mehr abzugucken. Und unser Verband wird gern diese Aufgabe übernehmen. Er wird sie aber mit Erfolg nur erfüllen können, wenn mehr Kollegen und Kolleginnen als bisher den Weg zu ihm finden. Hoffen wir, daß dies bald geschieht.

Neustadt i. Oberschles. Am 18. Januar tagte die erste Mitgliederversammlung. In derselben gab der Vorstand den Jahresbericht für 1913, aus dem im folgenden das Wesentliche wiedergegeben wird. Das Jahr 1913 hat für uns leider keine nennenswerten Erfolge gebracht. An Anregungen zur Agitation und zur Stärkung der Mitgliederzahl sowie zur Festigung der Mitglieder hat es nicht gegeben. Seitens des Zentralvorstandes sowie der Gauleitung sind vielfache Aufforderungen und Mundschreiben ergangen, die in öffentlichen und Mitglieder-Versammlungen, sowie in Sitzungen und Besprechungen des Vorstandes und der Funktionäre debattiert worden sind. Wenn auch eine innere Erstarkung und Festigung der Filiale unverkennbar zu verzeichnen ist, so ist es doch bedauerlich, daß die Zahl der Mitglieder keine Zunahme aufweist. Die Ursachen davon sind recht verschieden und mannigfach. Die gehässige Kampfweise der christlichen Gewerkschaften, voran die scholle Schreibweise und Bekämpfung durch die hiesige „Herzliche Neustädter Zeitung“, macht die Agitation besonders schwer, was schon oft erwähnt wurde. Der Balkankrieg lastete am Anfang des Jahres wie ein Alp auf der hiesigen Textilindustrie und ließ einen flotten Geschäftsgang nicht aufkommen. Wenn auch von einer Krise nicht direkt gesprochen werden kann, machte es sich doch sehr fühlbar, daß der Absatz nach Oesterreich, der Türkei und den übrigen Balkanstaaten fast ganz brach lag. Die innere politische Lage übte ebenfalls einen hemmenden Einfluß auf die Agitation aus. Man hätte glauben müssen, die Annahme der ungeheuren Wehrvorlage und die überschüssigen Feste des Patriotismus in diesem Jubiläumsjahre hätten den Arbeitern die Augen öffnen müssen, um sie empfänglicher für unsere Ziele zu machen. Aber nichts von alledem; das Gegenteil ist der Fall. Es war, als bewegte sich die große Masse in einem Taumel, der sie für die Forderungen der Gegenwart blind machte. Selbst unter dem Gros der Mitglieder machte sich eine sonst nicht gewohnte lethargie bemerkbar. Erst die Wahlen zu den Krankenkassen brachten endlich in letzter Stunde eine regere Tätigkeit in die Massen. Auch hier wurden 5 Sätze trotz allem gehässigen Gegendruck erobert. Hoffen wollen wir nur, daß die Anteilnahme der Arbeiterschaft an öffentlichen Angelegenheiten weiter anhält, und auch in der Ausdehnung der Organisation ihren Ausdruck finden möge. Bemerkenswert ist noch, daß das Zusammenarbeiten der Funktionäre als ein sehr gutes bezeichnet werden muß. — Lohnbewegungen haben nicht stattgefunden. Öffentliche Versammlungen fanden 7 statt, Mitgliederversammlungen 10; in 2 derselben war Gauleiter Frisch anwesend. Vorstandssitzungen fanden 3 und Besprechungen mit Vertrauenspersonen und Fabrikbesprechungen 4 statt. An Schriftstücken und Mundschreiben u. dgl. sind 145 Eingänge zu verzeichnen, an Ausgängen: Briefe, Postkarten usw. 138. An Flugblättern wurden 7000 verbreitet, desgl. 200 Broschüren. Die Revisionslisten für den freien Sonnabendnachmittag haben 580 Personen unterzeichnet. An den Veranstaltungen des hiesigen Bildungsausschusses: Vortragskursus u. dgl., nahmen die Mitglieder regen Anteil. Trotdem hätte auch hierin eine noch größere Beteiligung erwartet werden können, da die Filiale aus der Lokalkasse einen Teil der Eintrittsgelder übernommen hatte, und zuletzt noch einen bedeutenden Zuschuß zur Deckung des Defizits tragen mußte. — Der Kassenbestand am 1. Januar 1913 betrug 799,24 Mk., die Einnahmen im Jahre 1913: 4198,60 Mk., zusammen 4997,84 Mk. Die Ausgaben 4109,86 Mk., der Ueberschuß in diesem Jahre 44,37 Mk., zusammen 4154,23 Mk. Der Kassenbestand am 31. Dezember 1913 843,61 Mk. Die Ausgaben für die Zentralkasse betrugen 1752,56 Mk., darunter ausgezahlte Krankenunterstützung 1402,— Mk. Die Ausgaben der Lokalkasse 785,81 Mk. Zum Schluß wollen wir an dieser Stelle nochmals der Hoffnung Ausdruck geben, daß im kommenden Jahre eine regere Tätigkeit bei unseren Mitgliedern, Kollegen wie Kolleginnen, Platz greifen möge, damit die Organisation nicht nur innerlich, sondern auch an Zahl so erstarke, daß wir einen energischeren Vorstoß zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unternehmen können. Nur wenn jeder Kollege und jede Kollegin ihre Pflicht voll und ganz erfüllen, d. h. unablässig tätig sind in der Gewinnung neuer Mitglieder, werden auch wir vorwärts kommen. Auf zu neuen Erfolgen!

Nowawes. Am Sonnabend, den 17. Januar, fand bei Hiemke unsere Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Geschäftliches, 2. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresabrechnung, 4. Kartellbericht, 5. Bericht des Zentrals. Am Geschäftlichen teilte Kollege Wolter mit, daß vom Gauleiter ein Schreiben eingegangen ist, wonach am 18. Februar eine Hausagitation unter den Arbeiterinnen veranstaltet werden soll. Kollege Wolter beantragt, diese Agitation auf unbestimmte Zeit zu verlagern, da gegenwärtig keine Aussicht vorhanden ist, irgendwelche Erfolge für die Organisation zu erzielen. Der Antrag wurde angenommen. Beim Jahresbericht teilte Kollege Wolter mit, daß das vergangene Jahr ein sehr arbeitsreiches gewesen ist, leider waren die Erfolge nicht der aufgewendeten Mühe entsprechend, da die Zunahme nur 33 Mitglieder betrug. An dem geringen Erfolg war zum Teil die schlechte Konjunktur schuld. Im Laufe des Jahres haben 12 Mitgliederberufungen stattgefunden. Der Besuch derselben war ziemlich minimal. Der Vorstand wünscht aber, daß sich die Mitglieder im nächsten Jahre mehr darum kümmern möchten, was in der Organisation vorgeht. Ferner haben stattgefunden: 2 Vorstandssitzungen, 7 Funktionärsitzungen, 5 kombinierte Vorstandssitzungen, eine betreffs der Herberge, welche jetzt in Wirklichkeit treten soll. Der Preis für Schlafen und Kaffee beträgt 60 Pf. Ferner fanden statt: eine öffentliche Versammlung, 18 Betriebs- resp. Branchenversammlungen. Zwei Lohnbewegungen haben stattgefunden: eine bei der Firma Hozak, wo eine geplante Lohnreduzierung mit vollem Erfolg abgewehrt wurde dank dem festen Zusammenhalten der Kollegen, die andere bei der Firma Pitsch, welche die Lohnreduzierung leider bei der schlechten Konjunktur durchsetzen konnte. — Kollege Thomas teilte hierauf mit, daß die Einnahme am Ort 7215,30 Mk. betrug, die Ausgabe 7067,27 Mk. Mißfin bleibt ein Bestand von 148,03 Mk. An Krankenunterstützung wurden gezahlt 1790,90 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 1962,30 Mk. Hiervon allein im 4. Quartal 828,50 Mk.

Reichenbach i. B. Am 23. Januar hielt die hiesige Filiale unseres Verbandes ihre Monatsversammlung ab. Den Bericht für das 4. Quartal gab der Geschäftsführer Kollege Hausold. Danach hat auch im verflossenen Vierteljahr die Textilarbeiterbewegung hier einige Fortschritte zu verzeichnen gehabt. Trotz der schweren Krise, welche naturgemäß eine größere Fluktuation hervorrufen, stieg die Mitgliederzahl um 35. Die Einnahme betrug 13 039,43 Mk., die Ausgabe 10 260,18 Mk. An Krankenunterstützung wurden ausgezahlt: 1281,60 Mk., Arbeitslosenunterstützung 1150,50 Mk. Im 3. Quartal betrugen diese beiden Posten 1791,50 Mk. bzw. 1572,20 Mk. Hieraus ist zu ersehen, daß der Geschäftsgang etwas besser geworden ist. Als Arbeitslose kommen in der Hauptsache Zärberei- und Appreturarbeiter in Frage. — Im Anschluß an den Quartalsbericht gab der Redner noch einige Erläuterungen zum gedruckten vorliegenden Jahresbericht. Es ist das erstmalig, daß ein solcher gedruckt herausgegeben wurde. Das gesamte Material ist in übersichtlicher Weise zusammengestellt und gibt ein Bild von der Entwicklung der hiesigen Filiale seit ihrer Gründung. Die Gesamteinnahme im Jahre 1913 betrug für die Hauptkasse 33 431,48 Mk., für die Lokalkasse 11 077,90 Mk. An Krankenunterstützung wurden an 459 Personen mit 9094 Krankheitsstagen 5143,50 Mk., an Arbeitslosenunterstützung an 213 Personen mit 3405 Arbeitslosenstagen 3320,90 Mk. gezahlt. Das Sterbegeld betrug 309 Mk., die Reiseunterstützung 258,61 Mk., die Streik- und Gemaßregelunterstützung zusammen 1925,05 Mk. Die am meisten auftretenden Krankheiten waren: Nervenleiden (68 Fälle), Rheumatismus (51), Magenleiden (39) und Lungenleiden (23). Die im Dezember 1913 aufgenommenen Statistik über die hygienischen Verhältnisse in den Textilbetrieben zeigt denn auch, daß hier noch sehr viel zu tun ist und daß die oft geradezu menschenunwürdigen Zustände einen großen Teil der Schuld an den Erkrankungen der

Arbeiterschaft tragen. In 55 Betrieben bzw. Betriebsabteilungen sind keine Garderoben vorhanden, die Kleidungsstücke müssen im Arbeitsaal aufbewahrt werden. In vielen Betrieben fehlt jegliche Waschlagelegenheit; mit schmutzigen Händen müssen die Arbeiter ihr Brot verzehren. Im großen ganzen zeigen diese Aufmachungen, daß es in dem letzten Jahrzehnt etwas besser geworden, daß es aber der ganzen Kräfte der Arbeiterschaft bedarf, um noch weitere Verbesserungen herbeizuführen. — Zur Gaukonferenz wurden drei Kollegen als Delegierte gewählt.

Herrn. Aus der Weberei F. S. Hammerstein, hier, wird seitens der Arbeiter fortgesetzt über schlechte Behandlung geklagt. Neulich bekam wieder ein jugendlicher Arbeiter rechts und links Maulschellen, weil er früher wie vorgeschrieben die gesetzliche Pause begann. Das verdroß den Betriebsgewaltigen. Ob dieser Grobian sich nicht schämt, sich an diesen kleinen Knippsen zu vergreifen! Ober sollte er gar der Meinung sein, durch solche Fortschritte bei den übrigen Arbeitern an Achtung zu gewinnen? Wenn er möchte, wie die Arbeiter außerhalb des Betriebes über ihn urteilen, so dürfte er seine Meinung revidieren, und die Schamröte würde ihm ins Gesicht steigen. Da wir uns einmal mit dem Hammersteinischen Betrieb beschäftigen, wollen wir auch noch einiges über die Spinnerei anführen, damit der hiesige Gewerbeinspektor diesem Betriebe erneut seine Aufmerksamkeit widme. Wie uns nämlich versichert wird, soll die zehnstündige Arbeitszeit für die Frauen nur sehr knapp eingehalten werden. Ferner sieht der Gewerbeinspektor wohl mal wieder nach, ob die Frauen an Samstagen nicht länger als acht Stunden arbeiten.

Die Behandlung soll auch hier sehr zu wünschen übrig lassen. Werden sich die Arbeiter dagegen bald einen Rückhalt schaffen?

Zwidau. (Spinnerversammlung.) Neulich tagte im Restaurant „Brauereischlößchen“ eine Branchenversammlung der Spinner von Zwidau und Umgegend. Von sachkundiger Seite wurde ein technisch-instruktiver Vortrag gehalten über „Wechselrechnungen“. Der Vortragende betonte einleitend die Notwendigkeit der fachtechnischen Aufklärung, besonders für die Spinner, die in den meisten Fällen für alle Vorformulirungen verantwortlich gemacht werden. Denn es gebe auf dem Gebiete der Lohnberechnungen noch verschiedenartige Systeme. Welche Berechnung, nach Kilo oder 1000 Zahlen, richtig oder unrichtig, sei noch sehr strittig. Die Kiliberechnung schlicke stets durch die Handhabung des Gewichts beim Variieren der Körbe eine Gefahr der Schädigung in sich. Wie Spinner geschädigt werden können, zeigte der Vortragende an einigen Beispielen, besonders auch beim Wechsel der Partien. Eine ganze Anzahl Spinner könne nicht einmal den Lohn umrechnen von Kilo in 1000 Zahlen. Ebenso verhalte es sich besonders bei jüngeren Spinnern mit der Wechselberechnung, wo man zuerst wissen muß, was für Zylinderäder an der Maschine sind, da es doch verschiedene Maschinenstypen gibt. Ferner müßte der Spinner die Stärke des Vorgarns kennen. Zwei Arten der Berechnung führte der Vortragende den Anwesenden vor. Die Spinnmeister hätten bestimmte Grundnummern für jeden Betrieb, wonach dieselben ihre Berechnung aufstellen. Die Grundnummer hat sich der Spinner erst zu suchen, indem er Bodrad mit Zylinderäder multipliziert und dann mit dem Antrieb dividiert. Sodann dividiere der Spinner mit der Vorgarnnummer in die Garnnummer und mit der herauskommenden Zahl wieder in die Grundnummer, so erhalte man den Wechsel. Es komme zum Beispiel auch in Spinnereien oft vor, daß der Meister zu einem Spinner sage, was machen wir für ein Steigrad hinein, oder welches Steigrad nehmen wir? Das Steigrad hat eine Bedeutung für die Produktion und demzufolge auch für den Spinnerlohn. Kann der Spinner berechnen, welches Steigrad genommen werden muß, so kann diese Kenntnis günstig auf seinen Lohn einwirken. Auch müsse der Spinner darauf achten, daß der Spinnmeister beim Wechseln nicht zu scharf angezogen hat, da dann die Fäden leichter reißen, und dadurch die Arbeit der Anleger wesentlich vermerkt wird, wobei auch Reklamationen eventuell nicht ausbleiben. Deshalb haben die Spinner unter sich selbst, in ihren Branchenversammlungen, sich fachtechnisch zu bilden und die gegenseitigen Erfahrungen auszutauschen. Den Ausführungen, welche mit Beifall aufgenommen wurden, folgte eine anregende Debatte. Der nächste Geschäftsgang in den Kamgarnspinnereien, wo die Betriebseinschränkung schon seit Ende März 1913 zu verzeichnen ist, hat außer der verkürzten Arbeitszeit auch das Verarbeiten von schlechtem Material gezeitigt. Bedenken muß man dabei, daß die alten Spinnmaschinen 400 bis 500 Touren machten in einem Zeitraume, wo die neuen, modernen Spinnmaschinen 900 Touren leisten. 330 Spindeln werden von einer Anlegerin bedient; diese hat also 330 Fäden zu beobachten. Die Maschine macht 4 Wagen Touren in einer Minute. Reifen vier Fäden bei einer Wagen Tour, so hat die Anlegerin 16 Fäden in einer Minute anzudrehen. Ist die Anlegerin nun auch noch mit Fäden oder Zylinderaderbeschäftigt, das öfters vorkommt, so werden die Fäden nicht gleich angedreht und es entstehen dadurch die fehlerhaften Garne. Schußbrüche entstehen zum Beispiel, wenn die Garne zu wenig Drehungen haben, weil eine Anlegerin den Fäden nicht gleich angedreht hat. Deshalb soll der Spinner mit den Anlegern auch dafür sorgen, daß eine ausreichende Ruhezeit in den Spinnereien eingeführt wird. Dann würden auch weniger Reklamationen von den Webereien vorkommen. Auch durch das allzu scharfe Waschen und Bleichen der Wolle, sowie in der Vorbereitung entstehen die schlechten Partien. Wie ein Redner feststellte, sind allerdings die Schleifen für die Weber nicht so gefährlich, weil die Schleifen weggezogen werden können. Vor allen Dingen sei es aber für die Spinner notwendig, die Betriebsleitungen auf die Ursachen der schlechten Produktion aufmerksam zu machen. Mit dem Wunsche des Vorsitzenden, daß die Spinner von Zwidau und Umgegend ihre Berufsinteressen innerhalb der Organisation energischer vertreten möchten, fand die Versammlung ihr Ende.

Zwidau. Am Sonnabend, den 19. Januar, fand unsere Quartalsversammlung im „Roh“ statt. Nach erfolgter Abrechnung wurde dem Kassierer Entlassung erteilt und hierauf zur Wahl von fünf Kartelldelegierten geschritten. Unter „Verschiedenes“ wurde eifrig für die „Textil-Praxis“ propagiert sowie auch die freiwillige Beitragserhöhung zur Sprache gebracht. Hierzu verhalten sich die meisten Kollegen durchaus ablehnend, ein übrigens sehr lebhafter Standpunkt. — Des weiteren wurde noch davon Kenntnis genommen, daß sich einige Unternehmer noch immer nicht mit der bestehenden gesetzlichen Vorschrift, nach welcher Arbeiterinnen in den Betrieben nicht länger wie 58 Stunden pro Woche beschäftigt werden dürfen, befremden können. So z. B. der Betrieb von G., wo nur im ganzen zwei Arbeiterinnen beschäftigt werden, deren Arbeitszeit aber pro Woche noch 60 Stunden und darüber beträgt. Vielleicht hilft dieser Hinweis, so daß nicht erst die Gewerbeinspektion mobil gemacht werden muß. — In einem anderen Betriebe hat sich seit unserer letzten Besprechung nicht viel geändert, außer daß sich die Strafen auf fehlerhafte Waren etwas verringert haben und das Auffreten des neugeborenen Warenschauers sich ein klein wenig gebessert hat. Da das Geschäft jetzt sehr flau geht, müssen verschiedene Vorbereitungsarbeiten auf Material warten und zeitweilig aussetzen. Auf Vorhalt bekamen die Scherer eine kleine Lohnaufbesserung. In diesem Betriebe herrscht der Aebelstand, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen keine Pausen einhalten können. Es hat manchmal schon lange gepuffen, es wird noch immer geschuftet und geschunden, trotzdem der Geschäftsgang ein sehr lauer ist und die Firma am liebsten Feiern inszenieren möchte. Ferner wird in den Häusen geliefert, Material herangeholt usw. Die Frauen und Mädchen sollen mittags halb 3 u. 1/2 den Betrieb verlassen. Da ist es manchmal schon dreierlei Zwölft und einzelne mußten immer noch. Man sollte meinen, diese Dauerarbeiter und -arbeiterinnen hätten für eine Weile wie große Familie zu radern, aber — weit gefehlt. Gerade solche sind es, die nur für den eigenen Mund zu sorgen haben. Sie könnten sich doch wenigstens etwas mehr nach unseren

Prinzipien richten. Das unkollegiale Verhalten dieser Art Arbeiter wurde denn auch seitens der Versammlung stark gezeigelt. — Wir sagen: Versammlung — leider war das keine solche zu nennen; denn von 56 Mitgliedern waren ganze, sage und schreibe: neun (9) Mann anwesend. Ein Fremder, der hierher kommt, bleibt starr vor Verwunderung über diese Interesselosigkeit. Wenn man die Wochenbeiträge kassieren geht und macht dabei noch-mals nach vorausgegangenem schriftlicher Einladung auf die stattfindende Versammlung aufmerksam, kann man Ausflüchte hören! Der eine hat keine Zeit, er hat anderweit Sitzung (?), der andere muß zu Bett gehen, er ist noch müde von drei Tagen zuvor, der dritte sagt, er hat auch keine Zeit (der muß wo anders Karten spielen und den nötigen Alkohol genießen), der vierte ist überhaupt ver-schwunden, wenn man kommt, um ihn nochmals einzuladen. Wieder ein anderer spekuliert auf einen Meistertitel, der hat Angst, daß man ihn aus dem Betriebe wirft. Noch einem ist dort im Lokal zuviel Rauch. Und so hört man dreißig bis vierzig verschiedene Ausreden, von denen keine wirklich stichhaltig ist. — Man sollte annehmen, die Kollegen sollten sich schämen, so wenig Interesse für ihr eigenes Wohl zu zeigen. Man hört öfter auch: „Bei uns wär doch ental nicht! S' hat überhaupt kan Zweck!“ — Ja, kann man denn da, wo von 800 Arbeitern in der Textilbranche nur 56 organisiert sind, überhaupt eine Bewegung einleiten? Hier fehlt vor allen Dingen die Mitarbeit der Kollegen. Diese müssen auf Schritt und Tritt bei ihren indifferenten Kollegen agitieren, auflärern und sie für unseren Verband zu gewinnen suchen. — Kollegen! Seht Eure ganze Kraft für Euren Verband, der nur Eure Interessen vertritt, ein. Werbt unermüdetlich und unablässig neue Mitglieder, damit wir erstarben und dann auch einmal sagen können: Jetzt ist es Zeit, jetzt können wir dem Unternehmer auch einmal die Spitze bieten! Das kann aber eben nur geschehen, wenn alle, alle sich der Organisation anschließen und treu zu ihr halten. Darum: Wacht endlich mal aus Euren totenähnlichen Schlafen auf! Raßt Eure Willens-kraft zusammen und verkriecht Euch nicht hinter den Ofen. Brecht Eure Sklavenketten und denkt nicht, daß Ihr verlassen seid. Alle, Mann für Mann, hinein in den Deutschen Textilarbeiter-Verband.

Literatur.

Denkschrift zur Arbeitslosenversicherung. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat ihre erstmalig 1911 erschienene Denkschrift über die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde im erweiterten Umfange neu herausgegeben. Die neue Auflage enthält eine vervollständigung der gewerkschaftlichen Statistik für die Jahre 1910 bis 1912, die Beschlüsse des Deutschen Gewerkschaftskongresses zu Dresden (1911) und die seit dem Jahre 1911 in Kraft getretenen Gesetze und städtischen Satzungen, die sich auf die Arbeitslosenversicherung beziehen, so das englische Versicherungsgezet 1911, sowie die Satzungen von München, Stuttgart, Eßlingen, Schwäbisch-Gmünd, Kaiserlautern und Mannheim und die umgestalteten Satzungen der Kölner städtischen Rückversicherungskasse im vollen Wortlaut.

Die Denkschrift geht den Regierungen, Parlamenten und den Gemeindeverwaltungen und Vertretungen der größeren Städte zu. Sie enthält vorzügliches Material zur Einführung der Arbeitslosenversicherung in den statistischen Unterlagen der deutschen Gewerkschaften; die Anlagen umfassen 2 Resolutionen, 5 Landesgesetze, 16 Gemeindefestsetzungen und einen Entwurf. Sie vertritt den Standpunkt des Center Systems, d. h. der Gewährung öffentlicher Zuschüsse an Arbeitslosenunterstützung zahlende Gewerkschaften und die Schaffung von Ersatzkassen für Nichtorganisierte und Nicht-versicherte. Dieses System liegt der dänischen, norwegischen, französischen und bayerischen Arbeitslosenversicherung sowie den meistaus weitesten der seither zur Einführung gelangten gemeindlichen Arbeitslosenversicherungen in Deutschland zugrunde und bildet auch die Voraussetzung für die durch die Regierung Bayerns beschlossenen Staatsbeiträgen für Gemeinden mit Arbeitslosenversicherung. Es ist zu erwarten, daß die stark anwachsende Arbeitslosigkeit eine große Anzahl von Gemeinden zu ähnlichen Schritten drängen wird. Zur Veranlassung aller dahingehenden Schritte wird die Denkschrift der deutschen Gewerkschaften den interessierten Kreisen gute Dienste leisten. Die Denkschrift, welche 141 Seiten Manuskriptformat umfaßt, ist von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin S.O. 16, Engel-Nfer 15, zum Preise von 3 Mk. zu beziehen.

Briefkasten.

Str., Kottbus. Dafür würden sich unseres Erachtens die „Wochenberichte“ der „Monatschrift für die gesamte Textilindustrie“, Leipzig, Brommstr. 9, Ecke Johannisallee, eignen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 15. Februar ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

Das Bankkonto unseres Verbandes ist von jetzt ab geändert und lautet nunmehr:

Karl Hübsch, Otto Zehms und Wilh. Köffel, Commerz- u. Diskontobank, Depof.-Kasse OP, Berlin S.O. 16., Köpenickerstr. 142.

Geschäftsführer-Gesuch.

Für die Filiale Gronau i. Westf. wird zum baldigen Antritt ein Geschäftsführer gesucht. Kollegen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftlichen, rechnerischen und rednerischen Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen an die Adresse des Kollegen **Karl Hübsch, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, bis zum 21. Februar cr. einzureichen.** Zeugnisse und dergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben, und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit. Auskunft über politische Organisations-Zugehörigkeit ist beizulegen. Gehalt 1650 Mark pro Jahr, steigend jährlich um 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 2300 Mark. Daneben wird eine Ortszulage von 120 Mark pro Jahr gewährt. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht vierwöchentliche Kündigung.

Gauverwaltungen.

Gau XII. (Liegnitz.) Unsere diesjährige (6.) Gaukonferenz findet am 10. April 1914 (Karfreitag), vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Breslau, Margarethenstr. 17, statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
- 2. Einführung eines Aktionsausschusses im Verband.

- 3. Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland. Referent: Kollege Lüd e, Grünberg.
- 4. Die Generalversammlung in Dresden.
- 5. Die Webstuhlstatistik im Gau.
- 6. Anträge und Verschiedenes.
- 7. Wahl des Gauvorsitzes und Konferenzortes.

Laut § 17 unseres Verbandsstatuts haben Delegierte zu entsenden: Blumenau 1, Breslau 2, Freiburg 1, Friedland 1, Gölitz 2, Grünberg 2, Landeshut 2, Langenbielau 3, Lauban 2, Leobschütz 1, Liegnitz 1, Lublinitz 1, Neustadt 1, Peterswalbau 2, Reichenbach 2, Sagan 2, Schweidnitz 1, Wüstenaltersdorf 1, Zillertal 1, Gfak-Rengersdorf und Rudelsdorf wählen gemeinsam einen Delegierten. Wahlleiter ist Aug. Fröhlich-Rudelsdorf, Kreis Vollenhain.

Zu übrigen bitten wir die Bestimmungen des § 17 des Statuts genau zu beachten.

Die Lokalbeamten haben das Recht, mit beratender Stimme an der Konferenz teilzunehmen.

Die Delegierten sollen bis zum 30. März gewählt und beim Gauleiter gemeldet sein. Anträge dagegen sollen bis zum 15. März in den Händen des Gauleiters sein, damit sie noch in die Vorlage aufgenommen werden können.

Mit kollegialem Gruß

Der Gauvorstand. J. A.: Otto Frisch, Liegnitz, Schloßstr. 22.

Ortsverwaltungen.

Adressenänderungen.

- Gau 10. Geyer.** V und K: Edwin Pfüller, Thumerstr. 201.
- Gau 10. Rochlitz.** K: Emil Göthel, Bahnhofstr. 306, Konsumverein.
- Gau 13. Scherersleben.** B: Heinrich Garke, Oberstr. 1, Konsum.

Geyer. Reiseunterstützung wird ausbezahlt wochentags mittags von 12—1 Uhr, Sonntags 11—12 Uhr, alle anderen Unterstützungen nur Sonnabends abends von 7—8 Uhr.

Rochlitz. Unterstützungen werden nur von 7—8 Uhr abends beim Kassierer Emil Göthel, Bahnhofstr. 306, Konsumverein, ausbezahlt.

Wüstenbrand. Das Mitgliedsbuch lautend auf Artur Tröger, Wirter, geb. am 6. November 1894 in Wüstenbrand, in den Verband eingetreten am 30. Oktober 1911 in Hohenstein, Stammmummer 536 878, wird hierdurch für ungültig erklärt. Sollte es irgendwo auftauchen, so wolle man es anhalten und dem Zentralvorstand einpenden.

Tariffragen betreffend. Auskunft wird an nachbenannten Stellen erteilt.

Gau 3 (Krefeld): Paul Vater, M.-Gladbach, Königstr. 13.

Gau 5 (Mülhausen i. Elz): Josef Gsell, Mülhausen i. E., Dornacher Straße 3 (Teleph.: 1777).

Gau 7 (Augsburg): Michael von der Meulen, Augsburg, Unteres Kreuz 313.

Gau 8 (Gera): Tariffkommission, Gera (A.), Schulerstr. 5, Hinterhaus 1 Tr. Sonnabends nachmittags von 4—6 Uhr.

Gau 9 (Plauen i. B.): Tariffkommission für den Bezirk Oberfranken, Mag. Raithel, Hof i. B., Lorenzstr. 23.

Gau 11 (Neugersdorf): Gustav Flammiger, Neugersdorf, Postweg 96i.

Gau 12 (Liegnitz): Hermann Reichgräber, Langenbielau, 1. Bezirk, Nr. 11.

Greiz und Umg.: Geschäftsstelle, Greiz, Breuningstr. 12. Sonnabends nachmittags von 4—5 Uhr.

Bielefeld. Tariffkommission für Flächweberei: Rudolf Strate, Stieghorst Nr. 155, bei Bielefeld.

Sameln a. W. Tariffkommission der Teppich- und Hutentw. Weber: Heinrich Albert, Sameln a. W., Kupferstr. 2.

Reichenbach i. B.: Geschäftsstelle, Reichenbach i. B., Weststr. 3.

Schriftlichen Anfragen ist der Filialstempel aufzudrücken.

Von allen irgendwo geltenden Lohnlisten, Lohnkarten usw. wolle man der zuständigen Tariffstelle zwei Exemplare zustellen.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Blumenau. Am 6. Februar Traugott Gebauer, Färber, 37 Jahre alt — Lungenleiden.

Bremen. Frau Hobein, Arbeiterin, 68 Jahre alt — Lungenleiden; Josef Weintritt, 60 Jahre alt — Lungenleiden.

Burgstädt. Guido Hönisch aus Mohsdorf, Zuschneider, 27 Jahre alt — Lungenleiden; Albert Schmidt, Handschuhmacher, 20 Jahre alt — Zuckerkrankheit.

Chemnitz. Carl August Schmidt, Kettenandereher, 56 Jahre alt — Nervenverfallung.

Gainichen. Wilhelm Hirsch, 64 Jahre alt — Lungenentzündung.

Kottbus. Marie Berndt, 41 Jahre alt — Schlaganfall.

Krefeld. Am 2. Februar Mathias Gottgeb, Weber 51 Jahre alt — Magenreiß.

Lauban i. Schl. Am 31. Januar Franz Köppler, Weber, 60 Jahre alt — Lungentuberkulose.

Limbach-Oberfröhna. Am 3. Februar Karl Hoppe, Appretur-arbeiter, 18 Jahre alt — Herzschlag.

Lugau. Alma Steubert, Neu-Kirchberg, Zwirnerin, 22 Jahre alt — Herzleiden.

Ludenwalde. Am 3. Februar Julius Langer, 58 Jahre alt — Tuberkulose.

Mülhausen i. Elz. Josef Hall, Anseher, 25 Jahre alt — Hirnerweichung.

Thalheim i. Erzgeb. Albert Nobis, 30 Jahre alt — Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Die Meldungen für die Streitfalltafel müssen jede Woche erneuert werden, wenn sie wiederholt werden sollen.)

In Bewegung befinden sich:

Seidenwirker in: Ronsdorf, Wuppertal.

Weber in: Bad Lauja (Koch).

Näherinnen und Besetzerinnen in: Chemnitz (Sign. Goerik).

Flächweberei in: Kopenhagen.

Aus sonstigen Gründen sollen Zugang unterlassen:

Bandweber nach: Apolda.

Färber und Wäscher nach: Berlin, Schweiz, Eiberfeld und Barmen.

Spinner nach: Dietzheim, Chemnitz.

Fläch- und Teppichweber nach: Berlin.

Stoffdrucker nach: Penig.

Waldkirchen im Bhopautal (Gottl. Wunderlich, Joh. Dr. Emmerich).

Handschuhzuschneider nach: Limbach.

Baumwollspinner nach: Zwickau (Baumwollspinnerei).

Weber und Weberinnen verschiedener Art nach: Neustadt a. Orla, Brandenburg a. S., Ham-burg, Sameln, Kassel, Ludenwalde, Deberan, Offenbach am Main, Reichenbach i. B., Forst i. L., Hohenstein-Ernstthal (Wih. Ende), Barth an der Ostsee, Säckingen (Rheinl.), Zittau-Scheibe (C. G. Thomas, Dedek- und Scheuertuchweberei).

Fasamentierer nach: Berlin.

Kopenhagen (Winstrom, Westergade 10).

Bandwirker und Arbeiterinnen nach: Bütth (Birna J. Gehmann).

Stoffhandschuharbeiter nach: Aisch in Böhmen (Eisenhimmel u. Co.).

Seidenbandwirker nach: Barmen (H. W. Kemna).

Textilarbeiter überhaupt nach: Spremberg N.-L., Groba-Miesja (Baumwollspinnerei), Hannover.

Da in Neugersdorf und in Lublinitz keine Reiseunterstützung gezahlt wird, wolle jeder in seinem eigenen Interesse diese Orte meiden. Auskunft für Lublinitz in Breslau, Leuthenstr. 17, Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes.

An Reisende, die nach den in der Streitfalltafel aufgeführten Orten kommen, wird keinerlei Unterstützung gezahlt.

Bei Anfragen wegen Arbeit ist stets die Stamm-Nummer des Mitgliedsbuches anzugeben.

Versammlungskalender.

Berlin. Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5 bis 9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17. Telephon: Königstadt 1873. **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Fasamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—8 Uhr, bei Rohan, Neue Jakobstr. 26: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Radtke, Neue Jakobstr., Ecke Inselstr.: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion Weißseiler.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Baulich, Leberstr. 5: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Efte, Wallstr. 32—33: **Zahltag und Besprechung von Branchenangelegenheiten.**

Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Waldbirke 12 bei Kaduns.

Berlin. (Für den Norden.) Zahlstelle: Brunnenstr. 79, bei R. Döhling.

Berlin. (Für Reinickendorf.) Zahlstelle: Kofonicstr. 40 bei Hennig.

Berlin. (Für Neukölln.) Zahlstelle: Bietenstr. 69 bei Kramer.

Berlin. (Für Britz.) Zahlstelle: Kirchhofstr. 41 bei Wolff.

Berlin. (Für Rummelsburg.) Zahlstelle: Hauptstr. 57, bei S. Bogontek.

Berlin. (Für Südost.) Zahlstelle: Müllerstr. 2

Berlin. (Sektion der Hand- und Schiffschneider und des Hilfs-personals.) Jeden Sonnabend, abends von 8½ bis 10 Uhr, bei Friedrich Vogt, Belarstr. 6.

Bernau. Sonnabend, 21. Februar, abends 8½ Uhr, bei Manzel, Kaiser- und Chauffeecestraßenecke.

Eisenberg. Freitag, 20. Februar.

Eschwege. Sonnabend, 21. Februar.

Finstertal. Sonnabend, 21. Februar.

Frankenberg. Sonnabend, 21. Februar, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Tunnel“.

Frankfurt a. M. Sonnabend (Samstag), 21. Februar, nachmittags 5 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Fulda. Sonnabend, 21. Februar, abends 8 Uhr.

Hamburg mit Altona. Sonnabend, 21. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale von Aug. Peters, Hamburg, Keeserbahn 37.

Ludenwalde. Mittwoch, 18. Februar, abends 8 Uhr, bei Gerhardt, Beelitzer Straße 34.

Neubamm. Mittwoch, 18. Februar.

Neumünster. Freitag, 20. Februar, im „Chysium“, Altonaer Str. 10.

Rovawes. Jeden Freitag, abends von 8—9 Uhr, bei Siemie, Wallstr. 55: **Zahltag.**

Schlottheim. Sonnabend, 21. Februar.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

Quittung.

Für das Internationale Sekretariat gingen im Januar ein aus: Barmen 363,30 Mk., Aachen 34,70 Mk., Gütersloh 2,65 Mk., Burg 16,35 Mk., Eisenberg 3,95 Mk., Blumenau 13,65 Mk., Dülken 7,45 Mk., Waldkirch 3 Mk., Otritz 19,05 Mk., Friedland 5,10 Mk., Kettwig 1,50 Mk., Gölitz 19,75 Mk., Colmar 14,45 Mk., M.-Gladbach 53,30 Mk., Bremen 55,70 Mk., Gemelingen 25,40 Mk., Osnabrück 16,45 Mk., Fulda 1,30 Mk., Forchheim 1,55 Mk., Großenhain 16,90 Mk., Wittenberge 4,55 Mk.

Paul Wagener, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III.

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

In der Privatklage des Gewerkschaftssekretärs Frisch Witekend in Bamberg sowie der Arbeiter Johann Beder und Gerhard Amfänger in Bayreuth gegen den Gewerkschaftssekretär Peter Trimborn in Bamberg laut vor dem Schöffengericht Bamberg am 19. Dezember 1913 vor Eintritt in die Hauptverhandlung folgender Vergleich zustande:

1. Peter Trimborn erklärt, daß er mit der Verbreitung des Flugblattes die Privatkläger Witekend, Beder und Amfänger nicht persönlich beleidigen wollte, und nimmt die in dem Flugblatt enthaltenen persönlichen beleidigenden Äußerungen gegen die Privatkläger zurück, falls solche Beleidigungen in dem Flugblatt enthalten sind.

2. Trimborn trägt die notwendigen Kosten.

3. Privatklage sowie der Beitritt zu derselben und die Straf-anträge werden zurückgenommen.

4. Trimborn verpflichtet auf seine Kosten innerhalb drei Wochen den Vergleich im Fachorgan des Deutschen Textilarbeiterverbandes, „Der Textilarbeiter“.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 14. Februar

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit \otimes versehenen Artikel Hermann Krüger, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.